

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsdirektor und alle anderen sind ersichtlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Zeitungstaxe monatlich, im Hause 2,50 M., (Halbmonatlich) 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M., (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft: Geschäftsleitung: Dresden-L. Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeit anstehend an den Preiszeitigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Mühlentorstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang

Dresden, Freitag den 1. Februar 1929

Nummer 27

Massenerwerbslosigkeit und Wirtschaftskämpfe im Reiche

Die SPD fordert Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge

Aus halbamtlicher Quelle wird mitgeteilt: Auch in der ersten Hälfte des Januar ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen nicht unerheblich gestiegen. Neben dem Daniederliegen der Lohnberufe machen sich aber auch die Wirkungen der abgleitenden Konjunktur bemerkbar. Die Zahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung belief sich am 15. Januar auf 2 029 000 gegenüber 1 702 300 am 31. Dezember 1928. Die Steigerung in diesen 14 Tagen beträgt also rund 327 000 Personen (19 Personen). In der Krisenunterstützung befanden sich im Berichtszeitpunkt rund 138 000 Hauptunterstützungsempfänger.

Die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen beträgt zur Zeit mindestens 800 000, wie es an Hand der Mitteilungen der Arbeitsnachweise über die Arbeitsuchenden festzustellen ist. Die Zahl der Kurzarbeiter wird in sachkundigen Kreisen mit einer Million angegeben.

Die gesamte Erwerbslosenzahl beträgt demnach: 2 029 300 Hauptunterstützungsempfänger, 138 000 Krisenunterstützte, 800 000 Nichtunterstützte und etwa eine Million Kurzarbeiter, das macht zusammen vier Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter.

Die Not der Erwerbslosen steigt mit jedem Tag. Dank der mörderischen Sonderfürsorge für Saisonarbeitslose, die diesen Arbeitern nur 6 Wochen Unterstützung gewährt, bleiben täglich zehntausende Arbeiter ohne die Bettelplattige der Arbeitslosenversicherung. Die Anträge der kommunistischen Fraktionen in den Landes- und Gemeinderäten und im Reichstag werden von den sozialdemokratisch-bürgerlichen Mehrheiten nicht einmal zur Verhandlung zugelassen. Mit brutalen Mitteln wird jedes Aufstehen der Erwerbslosen durch die Polizei erstickt. Demonstrationen werden mit Hilfe des Gummiknüppels und mit Waffengewalt, sollen dazu dienen, die Erwerbslosen von der Straße fernzuhalten.

800 000 Erwerbslose bekommen schon heute keine Unterstützung mehr und müssen betteln gehen. Diese Arme werden in den nächsten Tagen bis auf eine Million steigen.

Das ist die Bilanz der sozialdemokratischen Koalitionsregierung.

Die Dresdner Volkszeitung vom 30. Januar fragt darüber, daß die Mittel der Regierung nicht ausreichen, um alle Erwerbslosen zu unterstützen. Ihr Ausweg, den sie sucht, besteht darin, daß sie vorschlägt, man müsse die Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung um 1/2 Prozent durchführen. Diese Erhöhung soll der Reichstag beschließen, denn die Volkszeitung schreibt:

„Der Reichstag muß in Eile daran gehen, sich mit der Erhöhung des Höchstbetrags der Beiträge von 3 auf 3 1/2 Prozent zu befassen, um dann die Finanzen der Reichsanstalt für alle Zukunft auf eine gesunde Grundlage zu stellen.“

Nach der Dresdner Volkszeitung sollen aber nicht etwa die Unternehmer, die Millionenprofite einheimen, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft einen höheren Prozentsatz bezahlen, im Gegenteil, die Volkszeitung schlägt vor, daß die härtere Beitragsbelastung auf die Berufe gelegt werden muß, die von der Arbeitslosigkeit nicht besonders heimgegriffen seien. Welche Berufe das sind, verschweigen wohlweislich die Sozialdemokraten. Die Arbeiterklasse wird einem derartigen Ansinnen den stärksten Widerstand entgegenzusetzen und wird durch Massenaktionen zu verhindern wissen, daß nicht noch eine stärkere Belastung der Arbeiterklasse durch Steuern und sonstige Abgaben eintritt. Die Erwerbslosen aber selbst dürfen nicht mehr länger schweigen, sondern müssen gemeinsam mit den noch im Produktionsprozess Stehenden auf die Straße gehen und durch mächtige Demonstrationen ihre Stimme gegen die kapitalistische Gesellschaft, gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz und für die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei erheben. Es gilt jetzt vorzubereiten den Reichserwerbslosentag am 6. März und ihn zu einer gewaltigen Kundgebung gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung zu machen.

Bergarbeiterstreik in Oberschlesien

Ratiboritz, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der polnische sozialistische Zentralverband Sektion Bergbau, hat am Mittwoch die Streikparole ausgegeben und sie auf das Kohlenrevier der Dobromina und Krakau ausgedehnt. Die Kohlenbergarbeiterverbände haben sich ebenfalls einmütig der Streikbewegung angeschlossen. Auf fast allen Kohlengruben fanden

Befehlshaberparaden statt, in denen sich die Bergarbeiter überall für den Streik erklärten. Auch die Reparaturarbeiten werden sich dem Streik anschließen. Sie haben Lohnforderungen von 20 Prozent gestellt.

Streik in der Solinger Metallindustrie

In Solingen forderte die Firma Kob. Herm. & Co. einen Lohnabbau von 15 Prozent. Als sich die Arbeiter wehrten, verbot sie die Firma mit dem Angebot, daß sie nur 10 Prozent abgeben werde. Daraufhin sind die betroffenen Rohr- und Feinblechwerke, sowie die Schleifer in den Streik getreten.

Bei dem Vorzeichen der Firma handelt es sich um einen ersten Vorstoß der Solinger Metallindustrien, dem unzweifelhaft weitere folgen werden.

Solinger Buchdrucker fordern 20 Prozent Lohnerrhöhung

Die Generalversammlung des Solinger Buchdruckerverbandes vom 26. Januar nahm einstimmig eine Resolution an, daß bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen eine Erhöhung der Tarife um 20 Prozent zu fordern und gegen einen etwaigen neuen schändlichen Schiedsspruch die ganze Kraft einzusetzen ist.

Zentrum und Volkspartei zanken sich um die Ministerfessel

Volkspartei fordert Einbeziehung in Preußenregierung

Berlin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Aushandel in der Regierungsbildung ist noch immer nicht abgeschlossen. Gestern nachmittag hat Hermann Müller wiederum mit Vertretern des Zentrums Besprechungen abgehalten. Das Zentrum beharrt auf seinen Forderungen. Es ist gegen die Schaffung eines interfraktionellen Ausschusses und fordert die Anerkennung von drei Sitzen im Reichskabinett. Es droht, n. Guérard aus der Regierung zurückzutreten, falls sich die Verhandlungen noch zu lange hinausziehen. Die Volkspartei fordert die gleichzeitige Einbeziehung ihrer Landtagsfraktion in die preussische Koalition. Hermann Müller wird erst heute beim Reichspräsidenten Bericht erstatten, nach der bewährten Praxis des Bürgerblockführers Marx.

Preussische Polizeioffiziere solidarisieren sich offen mit Reaktionen

Berlin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern Abend fand eine Vertretertagung des Reichsbundes deutscher Polizeioffiziere und der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens statt. Die Versammlung wurde demonstrativ

Leipziger Straßendahner vor dem Kampf

Die Lohnstarkeverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Verband der Arbeitgeber sächsischer Gemeinden, betr. des Personals der Leipziger Straßendahn, sind erfolglos geblieben.

Die Unternehmer begründeten ihren ablehnenden Standpunkt mit der sonst unvermeidlichen Erhöhung der Fahrpreise und drohten bei Arbeitsniederlegung mit der Ausperrung der gesamten Straßendahnangehörigen. Der von ihnen angerufene Schlichtungsausschuss hat bereits gestern getagt. In der letzten Straßendahnerversammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Entschlossenheit der Arbeiter, auch gegen einen evtl. Schiedsspruch zu kämpfen, eindeutig zum Ausdruck kommt.

Weitere Verhaftungen in Orel

Die Zahl der Verhaftungen im Kubachthal hat sich weiter erhöht. Im Laufe des Donnerstags sind weitere fünf Verhaftungen vorgenommen worden, so daß die Gesamtzahl der Verhafteten jetzt 14 beträgt.

begleitet durch den Oberst Dillenburg, der wegen der bekannten Vorgänge in der Frankfurter Affäre im vergangenen Jahre, bei denen der Bizepolizeipräsident Weich von einem Schupobeamten verprügelt worden war, gemahregelt worden ist. Für die Deutsch-nationale Volkspartei sprach Marx und für die Volkspartei der frühere Reichsminister v. Schulz. Der Landesauschuss des Reichsbundes deutscher Polizeioffiziere hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Entlassung Dillenburgs zu Unrecht erfolgt sei. Er fordert vom preussischen Minister des Innern, daß er die Kündigung zurücknehme. Sollte das nicht geschehen, so wird der Verband Dillenburg mehr an den Verband heranziehen. Die Versammlung billigte das einstimmig.

Dieser Vorgang charakterisiert die Polizeioffiziere, als deren Verteidiger sich die Sozialdemokraten Börgel und Grzesinski immer aufwarfen, ganz treffend. Offene Reaktionen führen nach wie vor die Polizei, die seit Jahren unter sozialdemokratischer „Leitung“ steht. Aber stets dient sie der sozialdemokratischen Bedemantel den übrigen Reaktionen als Tarnung ihrer festen Position in der bürgerlichen Republik. Nur wenn es um Fesseln geht, geraten sich die zwei Kräfte in die Haare. Gegen Arbeiter stehen sie nach wie vor in Einheitsfront!

Trotsky und seine Freunde

Die bürgerlich-sozialdemokratische Presse feiert den Abtrünnigen

Die Meldung über die bevorstehende Ausweisung Trotskis aus der Sowjetunion wird seitens der gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen, insbesondere der Berliner, Presse mit wenigen Ausnahmen in enthusiastischer Aufmachung, meist an der Spitze der Blätter, wiedergegeben. In völliger Einheitsfront von der rechtsradikalen Berliner Wörtern-Zeitung bis zum sozialdemokratischen Abend-Vorwärts, wobei auch das Urbahn-Blättchen Volkswille nicht fehlen darf, solidarisieren sich die gesamten antiproletarischen Zeitungen Deutschlands mit Leo Trotski gegen die Sowjetunion. Während Herr Urbahn sich die amüsantere Frage erlaubt: „Wo ist Trotski? Lebt Trotski noch?“, läßt es sich das sozialdemokratische Zentralorgan nicht nehmen, die Nachricht von Trotskis Ausweisung mit der scherzhaften Bemerkung zu begleiten: „Er muß das Nistracht Westeuropas in Anspruch nehmen“. Das schreibt derselbe Vorwärts, der noch vor wenigen Tagen in Uebereinstimmung mit den ultralinken Agenten der SPD, den Parteien und Urbahn, über die „Graufamkeit“ der Sowjetregierung, der Bolschewistischen Partei und des Genossen Stalin, geteilt, weil er Trotski „seiner Freiheit beraubt“. Nun hat Leo Trotski die Freiheit, überall hinzugehen, wohin es ihm beliebt — aber das heuchlerische Geschrei wird nur noch heftiger.

Der freundliche Empfang, der Trotski in Deutschland, wozu er nach einer Meldung der Jugenbergschen Telegraphen-Union angeblich zu überfesseln gedenkt, seitens der Bourgeoisie und ihrer Agenten zuteil wird, ist die furchtbarste Anklage für einen Mann, der durch eine Reihe von Jahren ein Galgengel in der Partei der russischen Revolution, der Bolschewistischen Partei, gegeben hat. Ein Galgengel, das einige Monate vor der Oktober-

revolution des Jahres 1917 begann, nachdem Trotski durch Jahrzehnte vorher entschiedenster Gegner Lenins und des Bolschewismus gewesen war. Ein Galgengel, das gefährdet war, sobald und so oft der Weg der russischen Revolution und der Bolschewistischen Partei auf größere Schwierigkeiten stieß. Und das sein Ende fand, als es galt, nicht mehr nur auf den Barrikaden und an der Front, sondern im jähren Alltagskampf des wirtschaftlichen Ringens um den Sozialismus die Feuerprobe auf die revolutionäre Zuverlässigkeit zu bestehen. Da erwies es sich, daß Trotski nie zu einem wirklichen Bolschewik geworden war.

Was er in den Jahren seiner Mitgliedschaft in der bolschewistischen Partei Positives leistete, ist trotzdem groß genug, um seine heutige Rolle als halb unfreiwilliger, halb freiwilliger Agent der internationalen Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution und gegen die Sowjetmacht desto erbärmlicher erscheinen zu lassen.

Dieselben Leute, die Trotski vor Jahren beschimpft und verleumdelt haben, bezeugen ihm jetzt ihre Liebe. Das ist zugleich der beste Beweis dafür, daß die Trotskisten ihre Einreihung in die gegenrevolutionäre Front vollzogen haben. Die Leipziger Volkszeitung nimmt in einem längeren Artikel zum Trotskismus Stellung, auf den einzugehen es sich nicht weiter lohnt. Am Schluß heißt es aber bezeichnenderweise:

„Die Trotskisten ringen sich allmählich zum richtigen Wege durch. Und je eher es ihnen gelingt, ihre politische Einstellung bis zur letzten Konsequenz herauszukristallisieren und den Wahn der alten Utopien zu brechen, desto eher wird auch der Zusammenbruch aller Klassenbewußten politischen Gruppierungen innerhalb der russischen Arbeiterklasse möglich sein, desto

größere Erfolgchancen wird der Kampf um die demokratische Überwindung der kommunistischen Parteiführerschaft haben!

Unter dem richtigen Weg, den die Trotzkisten gehen, ist der zum Reformismus geneigt. Die neuen Freunde Trozki verstehen unter der demokratischen Überwindung der kommunistischen Parteiführerschaft nichts weiter als den Interaktionskrieg gegen die Sowjetunion zur Niederwerfung der proletarischen Diktatur und der Wiederaufrichtung der Kapitalsherrschaft. In diesen Freunden darf man den Trotzkisten wahrhaftig gratulieren.

Am lächerlichsten benimmt sich wieder einmal die Dresdner Volkszeitung. Genau so, wie diese Ignoranten auf dem Bettnerplatz das widersprechende Zeug über die Ursachen der Vorgänge in Afghanistan zusammenwieben, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Dingen nachzugehen, so gewöhnlich fällt sie auch ihr Urteil über die Haltung der kommunistischen Partei in Deutschland zu Trozki und seinen Anhängern. Sie stellen zunächst Trozki als den „Don Quixotte“ der Weltrevolution vor und überreden dann über die literarischen Handlanger Stalins in Deutschland.

Das ist ein gewöhnliches politisches Foh, das heute „Kreuzer“ tut wie es gestern „Hosianna“ gerufen hat, das morgen Trozki wieder die Stiefelsohlen lecken würde, wenn ein geschichtliches Wunder ihn an die Macht zurückbrächte. Es sind die Kräfte, die vor ihm einst wie vor einem Halbgoth auf dem Paradeplatz standen — sofern sie in seiner Glanzzeit überhaupt schon ihre kommunistische Gesinnung entdeckt hatten. Die überlegenen Politiker! Iheuen auch gar nicht zu wissen, daß es sich in Rolle Trozki um politische Grundprobleme handelt und daß das „gewissenlose Foh“ schon vor Jahren die Auseinandersetzungen mit Trozki in Russland nicht nur persönlich verfolgt, sondern in einer ganzen Kurioskampagne miterlebt und mitbestritten hat. Die Behauptung vom Bettnerplatz haben ja gar keine Ahnung, daß es Auseinandersetzungen über die Trotzkischen Aufstellungen zur „permanenten Revolution“ und den daraus resultierenden Schlußfolgerungen vor Jahren auch in Deutschland gegeben hat und daß bereits damals, als an eine offene Wehrregelung Trozki noch nicht übergegangen zu werden brauchte, da Trozki noch noch außen die Disziplin der revolutionären Partei beachtete. Damals bereits wurde der Trozismus von dem „gewissenlosen Foh“ „getrennt“, und es wird auch nicht von ihm anerkannt werden, gleichgültig ob Trozki noch eine „Kolle“ spielt oder nicht. Von diesen prinzipiellen Auseinandersetzungen haben die Leute vom Bettnerplatz nie etwas gehört. Sie interessiert heute wie vor Jahren der Kampf um Personen und Positionen vielmehr als um Prinzipien. Weil es nicht um eine konkrete Führerpersonlichkeit geht, sondern um Grundfragen der revolutionären Arbeiterbewegung, deshalb ist es nicht so, wie die Journale vom Bettnerplatz voraussetzen:

Diese Leute sind sich in sehr guter Gesellschaft befinden. Der Mutine Sobn, aber auch der mitleidlose Doh und der Kuchelheit der bürgerlichen Welt ist dem verdammten Don Quixotte der bolschewistischen Weltrevolution über. Gemeinsam mit der Großbourgeoisie, mit den Faschisten und Antifaschisten können sie die Wammlernden Stalins den Verdammten beschimpfen — er kann ihnen aller Voraussicht nach nicht mehr gefährlich werden.

Die bürgerliche Rechte führt die prinzipiellsten Schwächer selbst ab. Sie begrüßt und schmeichelt, sie bedauert und lobt Trozki, wie sie alle Renegaten der Arbeiterbewegung lobt und wie sie es ja auch mit den erbärmlichsten aller Arbeiterrenegaten täglich und stündlich zu machen pflegt: Mit sozialdemokratischen Ministern, Volksblättern und ihren literarischen Handlangern in den SPD-Rebaktionen:

Solche Leute können Sentimentalität vorheben, können Tränenströme für Leo Trozki mobilisieren, sie werden nie merken an ihre Anlaufstellen glauben machen. Die sich völlig widersprechende Stellungnahme der SPD-Presse zum Fall Trozki zeigt im Gegenteil die ganze Gesinnungslosigkeit der sozialdemokratischen Führerschaft aller Stellungen klar und unabweisbar. Leipzig preist Trozki als einen Mann, Dresden schließt über die Niedertracht der Kommunisten, Trozki so zu

Abkehrung des Wehrprogramms in Mannheim

Eine Ehrliche für den Parteivorstand

Wir uns noch aus Mannheim gemeldet wird, ist es den SPD-Führern auf der am Sonntag stattgefundenen Bezirkskonferenz nicht gelungen, die Abstimmung zu verhindern. Die Empörung der Delegierten über den offenen militärischen Kurs, der im Referat und in den Diskussionsreden verschiedener Parteivorstandsanhänger zum Ausdruck kam, hat gegen den Willen der Leitung der Bezirkskonferenz erreicht, daß am Schluß die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen erfolgte.

Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich u. a. auch der badische Innenminister Adam Kemmele beteiligte, der die Reformierung der Reichswehr im Sinne der Sozialistischen Parteivorstandes verlangte, wurde nicht nur die Resolution des Parteivorstandes, sondern auch eine zweite Resolution, die im Wehrprogramm die Proklamierung der offenen Kriegspolitik der SPD nur abwachen wollte, abgelehnt. Mit einer überwältigenden Mehrheit wurde der Beschluß gefaßt, den Parteitag zu erklunden, den gesamten Wehrprogrammwurf zurückzugeben. Der Beschluß ist umso bemerkenswerter, als die Konferenz statt gefiebt war.

Ganz unverbündlich... natürlich!

Die Hausrechte der Herren Kapitalisten treffen sich

Berlin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorwärts gibt bekannt, daß am 7. und 8. Februar in London eine Vier-Länder-Konferenz der belgischen, britischen, deutschen und französischen Sozialdemokratischen Parteien stattfand, die sich vor allem mit dem Reparationsproblem und der Rheinlandräumung beschäftigten soll. Die Konferenz war ursprünglich für den Spätherbst geplant, aber infolge der „Ein-

behandlung, und Berlin reißt sich die Hände in der Hoffnung auf ein neues Antiquitätengeschäft. Bergelände Viebesmäh! Die neuen Freunde Trozki zeigen jedem christlichen Arbeiter, daß er nicht mehr die Sache der Revolution verliert, daß er gefallen ist und präsident in den menschenwürdigen Sumpf, aus dem ihn Lenin und sein gewaltiger Einfluß erst herausgezogen hatte. Hier gibt es keine Sentimentalität, sondern politische Entscheidung. Der Erfüller Leninischer Anweisungen wurde begrüßt als Vertreter der revolutionären Politik. Der Schlingling Hindenburg, der Bourgeoisie und des Reformismus muß bekämpft werden. Auf Trozki trifft das Wort zu: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich werde dir sagen, wer du bist!

Wie weit Trozki heute schon, nicht nur in seiner objektiven Rolle, sondern auch subjektiv, gefahten ist, dafür zeugt die Hemmungslosigkeit, mit der er sich mit den übelsten Gestalten einläßt, die die Bourgeoisie bei ihrem Kampf gegen die kommunistische Internationale verwendet. Franz Bjezier, Herausgeber der „Mittell“, darf sich als Trozki's Vertrauter aufspielen, die linkssozialdemokratische „Kausische Verlagshandlung“ veröffentlicht Trozki's Bücher gegen die kommunistische Internationale und gerät „dem Bolschewillen“ der Korrupturisten vom Schlage „Partels u. Co. ins Gesicht darüber, wer nun eigentlich die wirkliche Berechtigung und Vollmacht zur Veröffentlichung von Trozki's Schriften habe. Und die deutliche „Börsezeitung“ kann, ohne die Logik mit Füßen zu treten, Trozki's Ausweisung mit der Hoffnung verbinden, er möge „von außen her den Kammbad gegen das Regime schaffen, das ihn verjagte“. So offen proklamieren Bourgeoisie und Sozialdemokratie die kontrarevolutionäre Rolle Trozki's und beglückwünschen ihn dazu. In den Augen der revolutionären Arbeiterklasse ist er gerichtet.

mühtest“ in der 2. Internationale immer wieder verschoben werden. Auf der Konferenz werden sich die sozialdemokratischen Minister und Ministerkandidaten ein Stellbilden geben, u. a. Hamberg, Macdonald, Henderson, Wels, Crispin, Brichguth, Deon Klum, Renaudel, und als Sekretär Dr. Friedrich Adler. Den Vorsitz wird Macdonald führen.

Trozki verläßt Rußland am 24. Februar?

M. Kowow, 1. Februar. Wie aus Moskau gemeldet wird hat sich das Vollzugskomitee der kommunistischen Internationale in seiner letzten Sitzung mit der politischen Lage der kommunistischen Partei und mit der Bekämpfung der Trozki-Opportunisten in ihrer Partei beschäftigt. Das Vollzugskomitee der Kommunistischen Internationale befragte sämtliche Maßnahmen der kommunistischen Partei zur Bekämpfung der Trozki-Opportunisten, die sich mit der bevorstehenden Ausweisung Trozki's einsetzten. Die Ausweisung Trozki's aus der Sowjetunion soll am 24. Februar zu erfolgen. Trozki selbst beabsichtigt, Rußland am 24. Februar zu verlassen, und sich nach der Türkei und von dort nach Deutschland, zu begeben. Wie verlautet, will sich Trozki in der Nähe Berlins niederlassen.

Der Weg der Liquidatoren

3 Brandleraner in die SPD eingetreten

Nach dem Uebertreten einer Reihe anderer ehemaliger „Reaktion“ in die SPD trat jetzt auch der ehemalige 2. Bevollmächtigte des DMB in Solingen, Har dt, in die SPD ein und hat jetzt gleichzeitig einen Posten beim Arbeitsamt in Opladen bekommen. Har dt hatte bei seinem Austritt feierlich geschworen, er würde sich selbst dann, wenn er aus der Partei austrete, niemals dem Weg zur SPD gehen. Nunmehr ist er doch konsequent den Weg aller Liquidatoren gegangen.

Auch der wegen großen Disziplinbruchs aus der Partei ausgeschlossene frühere Unterbezirksleiter der Freidenker in Hannover, A. Knepper, und der ausgeschlossene frühere JH-Sekretär Knöpfle, Wiesdorf, sind denselben Weg gegangen. Sie betreten beide in ihrem Orte im Auftrag der SPD-Fraktion „Verbandsaufbau“ Mitgliederveranstaltungen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung ein. Knöpfle erlitt in seiner Veranlassung selbst durch die oppositionellen sozialdemokratischen Freidenkerkreise eine Niederlage, indem sich diese für den oppositionellen Vorstand aussprachen.

Polnisch-rumänische Einheitsfront zum Litwinow-Vorschlag

Bukarest, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Die polnische Regierung hat an Bukarest mitgeteilt, daß sie den rumänischen Standpunkt eingenommen hat, demzufolge die Unterzeichnung des Litwinowpastes durch Polen nur gemeinsam mit Rumänien erfolgen soll. Damit hat die polnische Regierung dem rumänischen Vorschlag nachgegeben, daß der Litwinowpakt für alle interessierenden Staaten gemeinschaftlich in Kraft zu treten hätte. Die diplomatische Einheitsfront der polnischen und rumänischen Regierung gegenüber dem Friedensvorschlag Sowjetrußlands ist damit formell vollzogen.

Ibn Saud rüfelt zum Kampf gegen England

Jerusalem, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

In Et-Riad, der Hauptstadt Zentralarabiens, sammelte Ibn Saud, der König von Hedschas, 800 Unterthanen seines Landes. In dieser Konferenz wurden vor allem die Beziehungen zum Irak besprochen. Die englische Regierung hat an der Irakgrenze große Befestigungen gegen die Wahabitenstämme errichtet. Das bedeutet eine ungewöhnliche Kriegserklärung. Der König schlug der Konferenz vor, daß eine Kommission von 50 Delegierten gebildet werde, die dann auch zusammentrat. In der Kommission soll der Heilige Krieg erklärt werden. Ibn Saud erklärte am Schluß seiner Rede: „Wir können uns unseres Landes nur unter solchen Bedingungen des Friedens erfreuen, die allein unter Reich schützen. Wir müssen ununterbrochen streifen leben oder bei der Verwirklichung unseres Landes sterben. Dies ist mein Glaube und ich nehme es auf mich in diesem Sinne zu handeln.“

Bernhard Mente gestorben

Ein Opfer der Grippe

Gestern erlag der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Bernhard Mente den Folgen einer schweren Grippe. Mente hat eine revolutionäre Vergangenheit vor und während des Krieges mit seinem Widerstreit in die SPD liquidiert, nachdem er als Unabhängiger gegen dieselben Leute gekämpft, mit denen er sich später wieder zusammenfand im Kampfe gegen die kommunistische Partei. Auch im Jahre 1929 wirkte er als Parteipräsident von Dresden die inoffizielle Haltung der linken SPD-Führer. Nichtsdestoweniger war er im Gegensatz zu seinem Freunde Hellisch beim Bürgerturn und seinen Parteigenossen im Reich durch seine Konzeptionen an die Stimmung der empörten Arbeiter so verfaßt, daß er beim Reichswahlkampf 1923 sofort von General Müller seines Postens enthoben wurde. Dem sächsischen Parlament gehörte er seit 1919 bis zu seinem Tode an. Im Landtag trat er als einer der schärfsten Redner der sächsischen SPD-Fraktion hervor. Die SPD verlor in ihm einen ihrer durch eine gute Vergangenheit die Arbeiter geistlich beeinflussenden Agitatoren, die kommunistische Partei einen Gegner, mit dem man oft und gern die Klinge kreuzte. Als Nachfolger zieht Gütlicher, Neuzersdorf, in den Landtag ein.

Zusammenfassung der sozialpolitischen Kräfte in Ostfriesland

Nachdem im November die Landeskonferenz der Arjo (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen) Richtlinien für die zu leistende sozialpolitische Arbeit der revolutionären Arbeiterklasse festgelegt hatte, machte sich die Zusammenfassung der Kräfte auch in Ostfriesland dringender erforderlich. Am 29. Januar fand die konstituierende Sitzung des

Bezirksausschusses Ostfriesland der Arjo

statt. Die anwesende Versammlung (neben Betrieben und sozialpolitisch tätigen Genossen waren 15 Organisationen vertreten) bewies in ihrer Zusammensetzung und ihrem Verlauf, daß der Gedanke der Konzentration der sozialpolitischen Kräfte auf fruchtbarer Boden gefallen ist und daß die Arbeit der Arjo Erfolge von großem Ausmaße verpricht. Einleitend gab Gen. Anton Sackow einen guten Überblick über die sozialpolitischen Aufgaben und das Wirkungsfeld der Arjo. Nachdem in der Diskussion eingehend zu den vom Referenten angeführten Problemen Stellung genommen wurde, nahm die Versammlung die Wahlen zum Bezirksauschuss und zu den Ausschüssen vor und billigte die Richtlinien zur Arbeit zur Reichswehrschutzwoche.

Witterungsbedingungen für 2. Februar: Zunächst noch heiter, im späteren Verlauf aufkommende Bewölkung, mäßiger Frost, tagsüber Temperaturzunahme, zu schwachem Frost anziehend.

Richtlinien für die Opposition

Die fortgesetzten Kämpfe, die wachsende Verwirrung in der sozialdemokratischen Partei und die revolutionäre Bewegung sind die Hauptursachen für die Notwendigkeit der Opposition. Die Opposition soll die revolutionäre Bewegung unterstützen und die sozialdemokratische Partei kritisieren. Die Opposition soll die revolutionäre Bewegung unterstützen und die sozialdemokratische Partei kritisieren.

Die fortgesetzten Kämpfe

Die fortgesetzten Kämpfe, die wachsende Verwirrung in der sozialdemokratischen Partei und die revolutionäre Bewegung sind die Hauptursachen für die Notwendigkeit der Opposition. Die Opposition soll die revolutionäre Bewegung unterstützen und die sozialdemokratische Partei kritisieren. Die Opposition soll die revolutionäre Bewegung unterstützen und die sozialdemokratische Partei kritisieren.

Im Vorberathen der Opposition

1. Der Kampf um die Arbeiterdemokratie durch die Anwendung der Kampfmethoden und die Anwendung der Kampfmethoden.
2. Die selbständige Arbeit der Arbeiterdemokratie durch die Anwendung der Kampfmethoden und die Anwendung der Kampfmethoden.
3. Vorbereitung und Durchführung der Kampfmethoden und die Anwendung der Kampfmethoden.

Die Aufgaben der Arbeiterdemokratie

- a) Durch Vorbereitung für die Einberufung einzelner sozialpolitischer Komitees.
- b) Durch Einberufung der sozialpolitischen Komitees und die Anwendung der Kampfmethoden.
- c) Die selbständige Arbeit der Arbeiterdemokratie durch die Anwendung der Kampfmethoden und die Anwendung der Kampfmethoden.
- d) Im Falle der Selbstberufung der sozialpolitischen Komitees und die Anwendung der Kampfmethoden.
- e) Bei der Auffassung der Arbeiterdemokratie und die Anwendung der Kampfmethoden.
- f) Im Falle der Selbstberufung der sozialpolitischen Komitees und die Anwendung der Kampfmethoden.

Die Aufstellung der sozialpolitischen Komitees

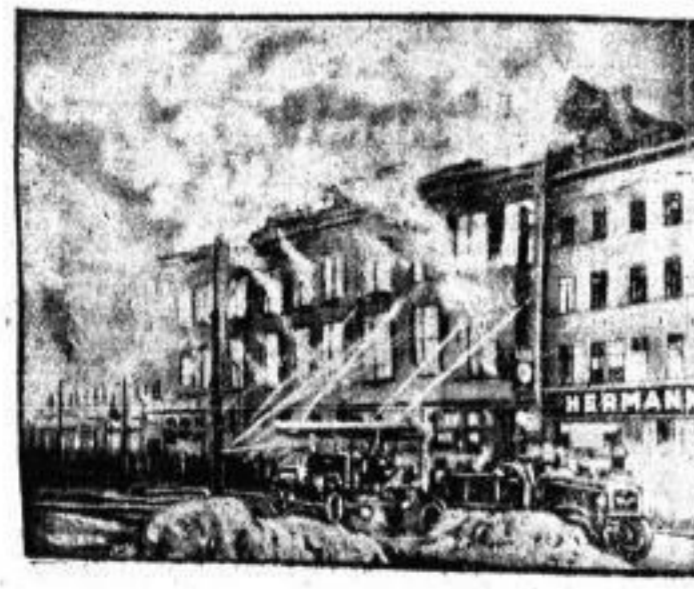
1. Für die Arbeiterdemokratie in der Einheit der Arbeiterdemokratie.
2. Für die Arbeiterdemokratie in der Einheit der Arbeiterdemokratie.

Ein Meisterstück der Einbrechekunst

haben Geldschranktüren geliefert, die nach einer Vorbereitung von etwa 14 Tagen den Tresor einer Filiale der Disconto-Gesellschaft in Berlin aufdrachen und 173 Bücher ausplünderten. Die Banditen, die mit einer unglücklichen Axtfähigkeit und Ruhe an die Arbeit gegangen sind, haben in wochenlanger nächtlicher Tätigkeit einen unterirdischen Gang durch Mauerfundamente und unter dem Bürgersteig hindurch gegraben. Stahlplatten durchbohrt, Gitter zerstört, und schließlich den Tresor erreicht, wo sie dann in der Nacht zum Sonntag in aller Ruhe ein Fach nach dem anderen öffneten und das Wertvolle daraus nahmen. Da der Inhalt der Tresore der einzelnen Filialen nicht bekannt ist, läßt sich die Höhe des Raubes noch nicht übersehen. Die Diebe verriegelten durch ausgebrochene Eisenstücke die schweren Klappen der Türen des Tresors, so daß am Montag die Bankbeamten den Raum nicht betreten konnten. Eine Geldschrankfabrik schickte dann in fünfzehntägiger Arbeit ein Loch in die Tresortür, um die Türen zu öffnen, wobei man den Einbruch entdeckte.

Unere Bilder zeigen: Oben das Geschäftstotal der Disconto-Gesellschaft in der Kleinfriedrichstr. 2, am Mittendertag, der Schlußtag des Einbruchs. Die Aufnahme wurde in der Nacht, kurz nach der Entdeckung des Einbruchs, gemacht.

Unten das erste Loch, das die Einbrecher vom Keller aus in die Fundamentmauer des Gebäudes stemmten. Sie hogen die Lichtleitungen fälschlich zur Seite, ohne sie zu beschädigen, damit kein Kurzschluß entstand, der zu einer vorzeitigen Entdeckung hätte führen können.



Das abgebrannte Warenhaus Litz

Unere Aufnahme, die noch während der Nacht gemacht wurde, zeigt das riesige Flammenmeer, das der Feuerweh jede Annäherung unmöglich machte.

Großfeuer in einem französischen Belegungsgebäude

M. Mainz, 31. Januar. Die in der Waldstraße gelegene große Lagerhalle der französischen Belegungsbehörde, in der Hunderte von Automobilen der Belegungs untergebracht sind, geriet in der Nacht zum Donnerstag in Brand. Infolge der großen Benzinmengen verbreitete sich das Feuer außerordentlich rasch. Die Belegungs alarmierte die Kaiserliche Feuerwehr, die mit zwei Löschzügen anrückte. Bei den Löscharbeiten fand der Oberbrandinspektor Lehmer beim Einzug der Brandmauer den Tod. Ein weiterer Feuerwehrmann wurde schwer verletzt.

Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen

Beschlossen vom Plenum des Zentralkomitees der KPD am 24./25. Januar 1929 und angenommen von der Reichsparteiarbeiter-Konferenz am 26./27. Januar

Das Plenum des Zentralkomitees beschloß mit allen gegen fünf Stimmen (Gruppe der Genossen: Ernst Meyer, Georg Schumann, Hans Schütz, Karl Weber, Paul Dietrich), die Reichsparteiarbeiter-Konferenz mit allen gegen 2 Stimmen (bei 4 Stimmentzählungen) folgende Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen:

Richtlinien für die Taktik der revolutionären Opposition bei den Betriebsrätewahlen

Die fortgeschrittene Zulassung und Erweiterung der Wirtschaftskämpfe, die wachsende Kriegsgelahr bei gleichzeitig immer härter werdender Verschmelzung des von der reformistischen Bürokratie beherrschten Gewerkschaftsapparates mit dem Wirtschafts- und Staatsapparat der Bourgeoisie macht es notwendig, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Wirtschaftskämpfe in ihre Hände bringt. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition möglichst viele Positionen erobern die sie mit den Betriebsbelegschaften auf das engste verbindet. Die Betriebsräte sind die geeigneten Positionen zur Führung der Massen in ihren Kämpfen. Das ist der reformistischen Bürokratie wohl bekannt, darum hat sie einerseits die Betriebsrätebewegung zerlegt und zerrumpelt, sie zu einer Art Illusion der Unternehmerinteressenvertretung erniedrigt und versucht, andererseits durch Anwendung aller möglichen undemokratischen Maßnahmen die revolutionären Gewerkschaften von den Betriebsräten auszuschließen und die Betriebsbelegschaften um ihr freies Wahlrecht zu den Betriebsräten zu pressen. Alle diese Umstände umgeben die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Ihre bisherige Taktik den Erfordernissen einer selbständigen Wirtschaftskampfführung durch die Opposition anzupassen. Jeder Betrieb muß wieder eine revolutionäre Partei werden. Die Einheitsfront der Belegschaft auf der Klassenkampfbasis auf Grund der Durchführung einer proletarischen Demokratie muß wieder hergestellt werden. Der Betriebsrat muß ein Organ der Kampfführung und zur Verdrängung der reformistischen Kommissarlinge werden. Im Ruhrkampf hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die ersten Erfolge einer selbständigen Kampfführung erzielt. Es gelang ihr durch die Kampfkommunen breite proletarische Schichten aufzusammeln und in die Kampffront einzureihen. In den bevorstehenden Betriebsrätewahlen muß diese Taktik eine Fortsetzung finden und eine breitere Basis für das selbständige Auftreten der revolutionären Gewerkschaftsopposition als Führerin der Massen schaffen.

Im Vordergrund der gesamten Tätigkeit der revolutionären Opposition stehen darum in der nächsten Periode die Fragen:

1. Der Kampf um die Organisierung der revolutionären Klassenfront durch Bekämpfung der reformistischen Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben und Verbänden und durch die Anwendung wirksamer Methoden zur Beeinflussung und Erfassung der Unorganisierten.
2. Die selbständige Kampfführung der Arbeiterchaft in den Wirtschaftskämpfen auch gegen den Willen des reformistischen und christlichen Gewerkschaftsapparates (Bedeutung der Kampfkommunen).
3. Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen entsprechend den vorstehenden Grundlinien.

Den bevorstehenden Betriebsrätewahlen ist darum die allergrößte Beachtung beizumessen. Unter Einwirkung der ganzen Kraft der Partei müssen diese Wahlen zur breiten Mobilisierung aller Betriebsarbeiter und zum revolutionären Kampf gegen den Reformismus und für die revolutionären Klassenkämpfe ausgenutzt werden.

Wie in den Gewerkschaften so betreffen die sozialimperialistischen Gewerkschaftsführer auch bei den Betriebsrätewahlen die Arbeiterdemokratie vollständig. Die Mittel, die sie dazu anwenden sind diktatorische Bestimmungen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten, Ausschaltung revolutionärer Gewerkschaftsmitglieder von der Kandidatur, Zwang für die Mitglieder der freien Gewerkschaften nur auf sozialimperialistischen Listen zu kandidieren, rücksichtslose Ausschlußmaßnahmen bei Ablehnung der Unterordnung unter dieses Diktat und Ausschaltung der großen Massen unorganisierten Arbeiter bei der Aufstellung der Kandidatenlisten. Während die reformistischen Bürokratien mit den Vorständen der christlichen und kirchlich-dünkelhaften Gewerkschaften feste Arbeitsgemeinschaften zur Abwärtung der Arbeiterkämpfe bilden, verhindern sie in den Betrieben die Fortbildung der Einheitsfront der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit den christlichen, kirchlich-dünkelhaften und unorganisierten Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum oder das Zusammengehen der verschiedenartig organisierten Arbeiter auf der Grundlage der Plattform proletarischer Forderungen bei den Betriebsrätewahlen.

Diese Tatsachen machen es notwendig, eine feste Verbindung der auf dem Boden des Klassenkampfes lebenden organisierten und unorganisierten Arbeiter herbeizuführen, den revolutionären Einfluß in den Betrieben zu festigen, und zu diesem Zweck die Betriebsrätewahlkampagne auszunutzen.

- Dies muß auf folgender Basis geschehen:
- a) Durch vorbereitende Agitation für demokratische Wahlen, für Einberufung von Betriebskommissionen, zu denen einheitsliche Kandidatenlisten auf der Grundlage konkreter proletarischer Forderungen aufgestellt werden.
 - b) Durch Einberufung gemeinsamer Belegschaftsversammlungen der organisierten und unorganisierten Arbeiter durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in denen das Wahlprogramm und die Aufstellung einheitslicher Kandidatenlisten vorgeschlagen und beschlossen werden soll. In diesen Versammlungen ist ein Komitee zur Durchführung der Wahlkampagne in den Betrieben zu wählen.
 - c) Diese einheitslichen Kandidatenlisten sind in gewerkschaftlichen Mitteilungen, oder Funktionärsveröffentlichungen von der revolutionären Opposition zur Annahme vorzuschlagen.
 - d) Im Falle der Ablehnung dieser Listen durch die Gewerkschaftsbürokratie und die von ihnen beherrschten Belegschaften soll die revolutionäre Opposition, indem die Voraussetzungen dafür bestehen, die von der Belegschaft aufgestellte Einheitsliste drängen.
 - e) Bei der Aufstellung der Listen in Betrieben in denen im größeren Umfang Arbeiterinnen beschäftigt werden müssen diese unbedingt entsprechend ihrer Bedeutung berücksichtigt werden.
 - f) Um zu verhindern, daß die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie diese Taktik mit dem Ausschluß der führenden Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb beantwortet, ist es angebracht, nicht alle aktiven Führer der Gewerkschaftsopposition auf die Kandidatenlisten zu stellen.

III.
Die Aufstellung der Kandidatenlisten muß auf der Basis proletarischer Forderungen geschehen für deren Durchführung zu kämpfen sich die Kandidaten der freigewerkschaftlichen bzw. oppositionellen Einheitslisten verpflichten müssen. Diese Forderungen sind:

1. Für die Wiederherstellung und Sicherung der Arbeiterdemokratie in den Betrieben und Gewerkschaften für die Einheit der Arbeiterklasse auf der Klassenkampfbasis, gegen Wirtschaftsdiktatur und gegen den Schwandel von der Wirtschaftsdemokratie.
2. Für die Organisierung eines entschlossenen Kampfes für die Erhöhung der Arbeitslöhne, Sicherung des achtstündigen Normalarbeitstages, freier Sonnabend-Nachmittag für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden, für Lohnausgleich und gleichen Lohn für gleiche Leistung, für höhere Schulung für Arbeiterinnen und Jugendliche.

3. Gegen Koalitionspolitik, gegen das Schlichtungslokom für Streikfreiheit, gegen Unternehmerterror und Betriebsfalschismus.

4. Für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die Spaltungs- und Ausschlußpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, für die Wiederannahme der Ausschlußverfahren für einheitsliche Klassenbewegungen auf der Grundlage der Industrienerbände, für die Entwicklung der Betriebsräte zu revolutionären Kampforganen der Arbeiterklasse.

Auf den von der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorgeschlagenen Kandidatenlisten sind neben den freigewerkschaftlich Organisierten auch solche unorganisierten Arbeiter aufzustellen, die in der Belegschaft einen großen Einfluß haben und sich als kraftbewußte Arbeiter in den Kämpfen der Arbeiter betätigen haben.

In Gegenden in denen die christlichen und kirchlich-dünkelhaften Organisationen größeren Einfluß auf die Belegschaften haben, sind revolutionär gestimmte zuverlässige Arbeiter aus diesen Verbänden, wenn sie Einfluß auf ihre Kollegen haben, als Kandidaten für die Einheitsliste zu gewinnen, um den reaktionären Einfluß der christlichen oder kirchlich-dünkelhaften Gewerkschaftsführer auf die Belegschaft zu brechen.

Die Vorbereitung der oppositionellen Vorschläge zu den Kandidatenlisten ist die Aufgabe der Fraktionen und Betriebszellen.

Die unorganisierten Arbeiter in den modernen Kleinbetrieben sind natürlich nicht gleichwertig jenen außerhalb der Organisation lebenden, vielfach streikbrecherischen Elementen in solchen Betrieben, wie Buchdruck, Zimmererzunft und ähnlichen. Ihre Heranziehung zur Kandidatur auf der Einheitsliste ist besonders dort von Bedeutung wo die unorganisierten Arbeiter einen großen Teil der Belegschaft ausmachen und sich in der letzten Zeit an den Kämpfen der Arbeiter aktiv beteiligt haben und sie ist wesentlich, um die unorganisierten Arbeiter schneller für die Klassenfront und für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen.

In solchen Betrieben, in denen die Belegschaft in ihrer großen Mehrheit freigewerkschaftlich organisiert ist, muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition für die Bestätigung der Kandidatenliste in den Belegschaftsversammlungen kämpfen. In keinem Fall dürfen sich die Kommunisten an einen prinzipienlosen Mandatsverkauf einlassen.

Die Einbringung des oppositionellen Vorschlags als selbständige Liste ist abhängig von den konkreten Verhältnissen in den Betrieben. Die Durchführung der Linie der Opposition erfordert eine genaue Abwägung des Kräfteverhältnisses anderer Einflüsse in der Belegschaft, kein allgemeines Schema, sondern größte Flexibilität und entscheidendes Auftreten der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Anerkennung ihrer Forderungen in der Belegschaft.

SPD lehnt KPD-Anträge auf Durchführung des Achtstundentages ab!

Finanzminister Weber verteidigt den Bürgerlohn

103. Landtags-Sitzung

Dresden, am 31. Januar 1929.

In der gestrigen Sitzung des Landtages wurden nur Abstimmungen über Anträge und Vorlagen, die in der letzten Sitzung behandelt wurden, vorgenommen.

Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Präsident den Tod des sozialdemokratischen Abgeordneten Reute mit und widmete ihm einen Nachruf, den die Abgeordneten lebend anhörrten.

Bei der Abstimmung über die Anträge der KPD, die Einführung des Dreißigstundensystems und starke Festhaltung am Achtstundentag in der sächsischen Metallindustrie forderte, stimmten nicht nur die Bürgerlohnparteien, sondern auch bezeichnenderweise die SPD dagegen. Ebenso stimmten sie gegen unseren Antrag auf Ergründung von Maßnahmen, um die Rot der im Sparnotstand der Arbeiter zu beseitigen. Dasselbe Schicksal erlitten einige andere Anträge.

Hilferding übertrumpft den Bürgerlohn

Der SPD-Finanzminister balanciert auf dem Wege zum Sozialismus

Nach allem, was allmählich über den neuen Etat des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding in die Öffentlichkeit gedrungen ist, kann man sich jetzt ein Bild davon machen, wie dieser Etat aussehen wird. Dabei ergibt sich, daß der Sozialdemokrat Hilferding die arbeitereindliche Steuerpolitik der vorhergehenden Bürgerlohnregierung noch weit übertrifft. Hier eine vergleichende Tabelle der Hilferding-Steuern und der Bürgerlohn-Steuern:

Steuer	Etat 1929 (Vollbetrag)	Etat 1928 (Vollbetrag)	Änderung über 1928 in Millionen
Einkommensteuer (Vollbetrag)	2900	2900	+ 30
Kapitalertrag, freie	600	550	+ 50
Körperschaftsteuer	624	520	+ 104
Vermögenssteuer	—	—	—
Vermögenswachstumssteuer	120	100	+ 20
Erbsteuer	1120	1050	+ 70
Umsatzsteuer	40	40	—
Grundbesitzsteuer	72	80	- 8
Wertschöpfungssteuer	20	20	- 10
Einkommensteuer	72	85	- 13
Kraftfahrzeugesteuer	205	100	+ 105
Versicherungssteuer	55	50	+ 5
Kennzeichensteuer	40	40	—
Portiersteuer	50	40	+ 10
Wohlfahrtssteuer	50	50	—
Beförderungsteuer	—	—	—
a) Personenbeförderung	190	180	+ 10
b) Güterbeförderung	190	180	+ 30
Schiffsteuer	11	25	- 14
Zölle	1200	1200	—
Tabaksteuer	825	780	+ 45
Judensteuer	180	140	+ 10
Piersteuer	535	370	+ 165
Spiritusmonopol	360	270	+ 90
Kleine Verbrauchssteuern	47	42	+ 5
insgesamt	9506	8962	+ 644

Diese Übersicht beharrt jedoch noch einiger Ergänzungen. In der ersten Rubrik (Einkommensteuer) sind enthalten 1800 Millionen aus dem Lohnabzug, 200 Millionen aus dem Kapitalertrag und 1200 Millionen freie Einkommensteuer der Veranlagten. Zu der letzteren bemerkt der Reichsfinanzminister, daß ein Windertrag von 30 Millionen in Rechnung zu stellen sei. Also keine Erhöhung, sondern eine Senkung der Besteuerung

In Fällen, wo die Gewerkschaftsbürokratie verliert, die Kommunisten von den unorganisierten Arbeitermassen zu trennen, indem sie sich wohl bereit erklärt, Kommunisten auf eine freigewerkschaftliche Liste zu nehmen, aber die Aufnahme der Unorganisierten ablehnt, darf in der Regel auf eine konsequente Durchführung der aufgezeigten Linie nicht verzichtet werden.

Wo sich Differenzen oder besondere Schwierigkeiten ergeben, soll die zuständige Parteileitung (Bezirksleitung, Unterbezirksleitung) endgültig das Vorgehen in den einzelnen wichtigen Großbetrieben entscheiden.

Für die Beschlüsse der Reichsparteiarbeiter-Konferenz

Die Engere VW beschloß sich nach einem Referat über die Beschlüsse der Reichsparteiarbeiterkonferenz und nach ausführlicher Diskussion einstimmig auf den Boden der dort gefaßten Beschlüsse. Diese vorbehaltlose Anerkennung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses der KPD, des 4. Kongresses der KPD und der daraus sich ergebenden Taktik bei den Wirtschaftskämpfen und Betriebsrätewahlen verpflichtet die Gesamtmitgliedschaft für die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu sorgen. Der Beschluß der Engeren VW lautet:

„Die Engere VW beschloß in ihrer Sitzung am Mittwoch dem 30. Januar den Bericht von der Reichsparteiarbeiterkonferenz zur Behandlung der Gewerkschaftsfragen am 26. und 27. Januar in Berlin entgegen.“

Die VW stellt sich bedingungslos und vollständig hinter die gefaßten Beschlüsse. In Vertiefung der richtigen Linie der Partei zu den Wirtschaftskämpfen begrüßt sie die Einheitsfront der Unorganisierten, insbesondere die neue taktische Linie zu den Betriebsrätewahlen, weil sie weiß, daß so der revolutionäre Kampf in der Arbeiterbewegung die notwendige organisatorische Verankerung in den Betrieben erreicht. Die feste organisatorische Verankerung und die Bindung mit den Massen durch Betriebsräte, die sich auf ein revolutionäres Programm festlegen, ist notwendiger denn je, weil dadurch das Monopol der reformistischen Gewerkschaftsführer zur Führung der Wirtschaftskämpfe stärker als bisher durchbrochen werden kann und die Arbeiterchaft zur selbständigen Führung der Kämpfe gelangt.

Die VW beschloß, sofort mit der breitesten Mobilisierung der gesamten Parteimitgliedschaft zu beginnen. Sie fordert die Parteimitgliedschaft auf, die Beschlüsse der Reichsparteiarbeiterkonferenz, die jetzt ihren Abdruck in der Arbeiterstimme erfahren, eingehend zu studieren und die Parteiarbeiterkonferenz Groß-Dresden am 5. Februar und die Reichsparteiarbeiterkonferenz Osthausen am 17. Februar ihrer Bedeutung gemäß großzügig vorzubereiten. Wir müssen erreichen, daß die neue Taktik zu den Betriebsrätewahlen auch in Osthausen bereits bei der diesjährigen Betriebsrätewahl ihre Erfolge zeigt.“

Dann ergriff der Finanzminister der Bürgerlohnregierung, Dr. Weber, das Wort. In langweiliger, monotoner Weise — vor fast leerem Hause — las er seine Rede, die eine Verleumdung des Etats sein sollte, ab. Nachdem er festgestellt, daß für die „Wirtschaftstage“ erste Kräfte vorhanden seien, geht er zur Verteidigung der Mehrausgaben für den Unterdrückungsapparat über. Natürlich fehlt auch der berühmte lächliche-helbsüchtige Partikularismus nicht. Hilferding erwidert darauf, daß er keine „parlamentarische Haushaltsführung“ habe, von seinen Freunden der KPD eine klärende Ohrfeige. Zum Schluß seiner „Rede“ appelliert Weber an die Einigkeit der Parteien, wie Wilhelm 1914, zum Wohle des Volkes. Was er darunter versteht, ist zur Genüge bekannt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung findet am 12. Februar 1929, mittags 1 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats.

liegt hier vor. Die Erhöhung der Vermögenssteuer um 104 Millionen soll nur eine einmalige sein; damit sie jedoch der bestehenden Klasse nicht wehtun soll, wird ihr die Vermögenswachstumssteuer geschenkt, wonach die schwindende Mehrbelastung des Reiches sich in ein glänzendes Geschäft umwandelt; denn die Nichterhebung der Vermögenssteuer bedeutet ein Geschenk an die Besitzenden in Höhe von einigen Hundert Millionen!

Die Erhöhung der Erbschaftsteuer um 20 Millionen ist so lächerlich gering, daß es sich nicht lohnt, darüber ein Wort zu verlieren. Nur sollte man daran erinnern, daß in früheren Jahren die SPD im Reichstag dem Bürgerlohn immer die englische Erbschaftsteuer als Muster vorgehalten hat, die mehr als eine Milliarde bringt! Das hat jedoch Hilferding jetzt vergessen!

Ein unmittelbares Geschenk an das Kapital sind auch die Winderträge der Gesellschaften, Wertpapier- und Börsumsatzsteuer.

Alles, was der Bürgerlohn in schändlicher Massen-ausplünderung geleistet hat, wird von dem Sozialdemokraten Dr. Hilferding weiß in den Schatten gestellt. Fast alle Massensteuern sind erhöht worden, und zwar:

Umsatzsteuer	um 70 Millionen
Versicherungssteuer	„ 5
Portiersteuer	„ 10
Beförderungsteuer	„ 40
Tabaksteuer	„ 45
Judensteuer	„ 10
Biersteuer	„ 165
Bronnweinsteuer	„ 90
Kraftfahrzeugesteuer	„ 45
Kleine Verbrauchssteuern	„ 5

Die Erhöhung der Massensteuern beläuft sich insgesamt auf 485 Millionen Reichsmark!

Das ist schlimmer als alles, was die Bürgerlohnregierung geleistet hat. Aber es ist ein Sozialdemokrat, der diesen Etat vorlegt! Und gewiß nicht ohne Vorwissen und vorherige Mobilisierung der Sozialdemokratischen Partei!

Arbeiter! Heraus zum Kampf gegen die Steuerhande der SPD, gegen die unaussprechliche Massenausplünderung durch die Koalitionsregierung!

Keinen Pfennig mehr Steuern! Fort mit den Massensteuern! Hinweg mit der Koalition!

Die Freidenker lehnen die Bevormundung durch die SPD ab

Am 21. Januar tagte die Jahreshauptversammlung des BZdJ, Gruppe Neu- und Antonstadt. Eine gutbesuchte Veranstaltung gegenüber früheren Versammlungen. Auch hier konnte der gute Besuch nur eintreten, da die langforderte Fraktion alles mobilisiert hatte, um auch diese Gruppe für den Kurs der SPD mit der Zentrumspartei zu erobern.

Der Bericht des Vorstandes stellte fest, daß die Mitgliederzahl in der Gruppe gewaltig gestiegen ist und die Funktionäre ungetreue Kleinarbeit geleistet haben. Beim Sachverständigen, Grenztreffen und zuletzt bei den „Zugger“-Versammlungen ermittelte die gesamte Mitgliedschaft eine starke Aktivität.

In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Genossen Schulz anerkannt. Anders wurde es bei den Wahlen. Genosse Schulz mußte befristet werden, weil er nicht Mitglied der SPD ist. Nach heftiger Debatte wurde die Wahl vorgenommen und brachte für Genossen Schulz 80, für Eckhardt (SPD) 50 Stimmen. Bei den anderen Funktionen meiste man die Fraktionsarbeit der SPD. Es wurde eine Liste von der SPD vorgelegt. Trotzdem wurden fast alle alten Funktionäre wiedergewählt.

Auch hier lehnten die Freidenker die Bevormundung durch die SPD ab. Die Gruppe wird nach wie vor auf dem Boden des revolutionären Marxismus arbeiten und kämpfen gegen Religion und Kirche, ohne sich von reformistischen Phrasen über die Notwendigkeit des Kampfes gegen alle Gegner des proletarischen Kulturkampfes beirren zu lassen.

Vom Eisenbahnzug überfahren

Am Donnerstagvormittag wurde dem Stationspersonal in Cosselbude vom Führer eines aus Dresden kommenden und nach Elsterwerda durchfahrenden Güterzuges zugerufen, daß am Bahnkörper ein Leichnam liege. Man fand zwischen Cosselbude und dem Haltepunkt in Stadteil Dresden-Stetsch auf Gemeindebesitz den Leichnam einer weiblichen Person neben den Bahngleisen. Nach der polizeilichen Feststellung dürfte sich die noch unbekannte Person bereits gegen Mitternacht vom Zuge haben überfahren lassen. Die Tote ist etwa 25 bis 28 Jahre alt, trägt blondes Haar und Subito, war etwa 1,65 Meter groß, mit Strickjacke und graublauer Kleid angezogen und mit braunen Schuhen versehen. Der Leichnam wurde nach dem Ariebshof in Cosselbude übergeführt.

Über 700 arbeitsunfähige Grippefranke

Wagau. Die Zahl der Grippeerkrankungen ist weiter gewachsen. Die Dr. Krankeinfälle klagen über eine außerordentlich große Inanspruchnahme ihrer Leistungen. Die Zahl der bei der Dr. Krankeinfälle angemeldeten arbeitsunfähigen Kranken betrug 1936/37, darunter befinden sich 704 Grippefranke. Diese überaus große Zahl der Erkrankten ist nicht allein den ungünstigen Witterungsverhältnissen, sondern wesentlich der Tatsache zuzuschreiben, daß die proletarischen Schichten der Bevölkerung ausgezehrt und ungezügelt dem unheilvollen Übergangsklima ausgesetzt sind.

Schadenfeuer. Jittau. Ein größeres Schadenfeuer brach heute früh gegen 9 Uhr in dem Sägemehl- und Holzimprägnierwerkwerk Oberdorf der Firma Kay und Klump aus. Aus bisher unbekannter Ursache war ein Ölbehälter, der mit imprägniertem Holz gefüllt war, in Brand geraten. Das Feuer griff auf die Wände des langen dem Bahndamm Ochs- Jittau liegenden Schuppens über, in dem sich ebenfalls Dieselöl befindet, so daß die Gefahr einer größeren Explosion nahe lag. Das Feuer konnte von 5 Wehren und der Jittauer Motorpomp gegen 12.30 Uhr auf seinen Herd beschränkt werden. Der Schaden und die Entschädigungssache sind noch nicht bekannt.

Zustände auf Rittergut Börnersdorf

Herrn Dr. Reichmann zum Aufenthalt empfohlen!

Es ist jedem Arbeitenden bekannt, daß ihm die Unterstützung entzogen wird, sobald er die Arbeit in der Landwirtschaft verweigert. Um nun wirtschaftlichen Sorgen aus dem Wege zu gehen und den Hungertod solange als möglich hinauszuschieben, wird Arbeit auf dem Lande angenommen. Was man in seinem Leben noch nie gehört hat, wird weniger geübt, das wird einem hier zur krassen Gewißheit: die unterdrückte Landwirtschaft besteht nur in der Landarbeiterschaft, denn die Gutsherren und Großbauern leben in Saubere und Saubere. Wir unterdrückten Arbeiter können kein menschenwürdiges Dasein führen. Wir sind ja „nur“ Proleten. Die Schlaf- und Wohngelegenheit spottet jeder Beschreibung. In den Schlafraum regnet und schneit es demnach hinein, daß man, um ins Bett zu gelangen, erst über 10 Zentimeter hohe Schneehaufen steigen muß. Die Deckbetten sind so dünn und verfilzt, daß man sich die ganze Nacht nicht erwärmen kann. Der Wohnraum gleicht einem Schweinestall. In ihm ist der Fußboden vom Oktober bis Januar nicht gecheuert worden. Dabei laufen vier Mann mit Arbeitsschuhen aus und ein (zumeist beim Mistladen). Ein Kellnermädchen, welches sich Ofen nennt, kann man nicht gut unter die Feder bringen, denn die beste Beschäftigung würde nicht genügen dieses Leibel richtig zu beschreiben. Nicht besser geht es den Familien. So ist besonders der Gutsschmied hervorzuheben. Der bedauernswerte Prolet wohnt mit seiner Frau, einem erwachsenen Sohn und blühenden Enkelkind in einer Hütte, die jeden Augenblick einstürzen kann. Die Fenster werden mit Stroh und alten Lappen zugestopft, damit die Kälte einströmen vor der Kälte geschützt ist. Vier Jahre wohnen die Leute schon hier,

immer in der Hoffnung, es würden bessere Zustände eintreten. Nach Besprechungen des Herrn Kühn sollte schon 1925 gebaut werden, bis heute ist aber noch kein Strich getan. Alle einzelnen Arbeiter anzuführen, würde zu weit gehen, aber ich versichere, daß sich eine photographische Aufnahme lohnen würde. Was die Kost anbelangt, so wird streng darauf geachtet, daß wir uns nicht überfüllen. In J. gab es nach einem arbeitsreichen Tag (Säcke abtragen) pro Mann ein Bierstüchlein Gurb und ein Stück Fett in der Größe eines halben Fingers. Oder es gibt zwei Kilo in der Größe von einem Zweimarkstück mit Butter (daselbe Quantum wie das Fett). Gibt es Bist, so wundern wir uns stets über die guten Augen der alten Tante, denn die eine Scheibe, die wir bekommen, so sein zu schneiden, da gehört bestimmt ein gutes Augenlicht dazu. Nicht nur das, sondern ich appetitlich gehts hier zu; es gehört fast zu den Seltenheiten, wenn keine Rindenschwaben im Essen sind. (Wichtig!) Noch möchte ich erwähnen, daß die Abortanlagen schon des öfteren zu Brechkrämpfen geführt haben in bezug auf ihre Unzuverlässigkeit und Sauberkeit. Wir sind leider gezwungen, dieselben benutzen zu müssen. Was den Lohn anbelangt, so erhalten die Ledigen 11,25 M. inkl. Futtergeld. Die Verheirateten erhalten pro Woche 14,47 M. und monatlich ein Duplat von 1,32 Zentner Roggen, 3 Zentner Kartoffeln, freie Wohnung. Die Arbeitszeit beträgt 12½ im Winter 7½ Stunden ohne Futterzeit, im Frühjahr und Sommer 9½ bis 10 Stunden. Über die Behandlung kann ich nur berichten, daß dieselbe von Seiten des Stahlhelm-Inspektors die denkwürdige „roteste“ ist. Jeglicher Kommentar erachtet mir überflüssig. (Arbeiterkorrespondenz.)

Kristnamurtel, der Weltlehrer

Über dieses Thema sprach Herr Robert Spring, Kapitän, vor einem, entsprechend der Weltfremdeit dieses neuen Messias, sehr kleinen Publikum. Vom Leben enttäuschte Ältere Herrschaften erwarteten hier die „neue Heilsbotschaft“ zu vernehmen. Mit fälschlich-sentimentaler Stimme wurde dieser „Weltlehrer“ zwei Stunden lang angehimmelt. Von der Lehre des „Weltlehrer“ wurde nicht gesprochen. Es erübrigt sich deshalb auch, hier eine Auswärtigerichtung mit dieser Lehre, deren Ziel ist, die Erkenntnis der das wahre Wesen alles Seins, vor allem auch das Selbst der Menschen ausmachenden göttlichen Einheit und die darauf beruhende Verbrüderung der Menschheit. (Wundervoll, Klassenkampf überflüssig.)

Nun noch einiges aus dem Vortrag des Herrn Spring, das die geistige und soziale Einstellung dieser Gottsucher und Weltverherrlicher beleuchten soll.

„Nicht die Masse macht die Zeit, nicht die Gasse (!), sondern nur große Menschen, die über den „little things“ (kleinen Dingen) des Alltags stehen“, aber in der nächsten Minute spricht er davon, daß die verschiedenen großen Männer verschiedene Wege gehen, verschiedene Ziele haben müßten, da sie abhängig sind von der Struktur ihrer Zeit, sie müssen nicht die Ideen, sondern sie geben ihnen nur Ausdruck. — Die kleinen nebenläufigen Alltagsorgen, zum Beispiel Jani um Tarife usw., um die Dinge, die nichts wert sind, nehmen uns das Schöne des Lebens. Wir glauben es Herrn Spring sehr gern, daß ihm ein Leben „zu Füßen des Krs.“ auf dem Schloß in Ommen, ein Leben in „Ant und Würde“ lieber ist als das Leben eines Arbeiters, das sich um die „kleinen nebenläufigen Alltagsorgen“, um „Dinge, die nichts wert sind“, dreht, denn dabei geht das „Lief des menschlichen Lebens verloren“. — Der Mensch ist eingetrag durch allerlei Jansen ...; vom einfachen Arbeiter, der an seinen Karl Marx glaubt, und der Klassenbewußt bleibt (da kommt Ihnen wohl das Grauen, Herr Spring?), bis „hin zu“ zu dem Völlischen, unter denen es so viele prächtige Menschen gibt (!), hat jeder seine Weltanschauung.“ (Was haben Sie denn?) „Der Mensch muß alle Formen, alle Systeme, alle Gedanken zer-

brechen (besonders das Letzte ist Herrn S. glänzend gelungen!). wir müssen das formlose Leben, das im Menschen selbst ist, leben (Das können nur wenige „große Geister“ verstehen, zum Beispiel Herr S.) — oder Formlosigkeit bedeutet nicht kommunizierbare Formlosigkeit, die eine Formlosigkeit der Unzogenheit ist.“ „Was definierbar ist, ist begrenzt, nicht, nur das Geheimnisvolle leuchtet die Welt“, aber das Streben zur Sachlichkeit soll das Leben bestimmen (!!!). So lautet die Lehre des arischen Dialektikers Heraklit — alles fließt, alles ist ständig in einem Prozeß der Wandlung — mißbraucht er für seine mystischen Gedankengänge, Bardou, er lehnt ja Gedanken ab, denn alles ist Intuition + Intellekt, das heißt nicht im Kopf verarbeitete Erfahrungen (so denn laßt, im Wagen?). — Die russische Revolution ist ein „barbarisches Aufden-Kopf-Stellen der Formwelt“, denn sie löst nicht das „individuelle Problem“. — Dieser Herr im auf stehenden Anzug verteidigt sich sogar zu dem Ausspruch: „Solange der Mensch noch Arbeit kennt, ist er noch nicht Mensch, noch nicht Schöpfer.“ Herr S. ist wahrscheinlich schon Uebermenschen, denn er hat überhört noch im Arbeit gesagt, denn „wenn mir die Vorträge Arbeit machen würden, würde ich keine halten“. — Herr S. kann Phrasendrescher nicht vertragen, wir auch nicht.

Er sagt: „Sucht das Verständnis des Lebens und ihr braucht nicht mehr der Gemeinde der Toten nachzusehen.“ Wir suchen das „Verständnis des Lebens“, aber mit Hilfe der Leben Marx und Lenins, und nicht mit Hilfe der „Vahren“ solcher mühsamer Karren, mühen sie sich Theosophen, Anthroposophen oder sonst wie nennen. Menschen mit gesundem Verstand (zu denen gehören auch die „einfachen Arbeiter“, Herr Spring) werden diese Sektierer, und auch wenn sie sich weniger Anmerkung und weniger plump antisozial geben, nicht verwirren — im Gegenteil. H.F.

Rundfunk

Sonnabend den 2. Februar. 16.30: Rundfunk. 17.30: Rundfunk. 18.30: Rundfunk. 19.30: Rundfunk. 20.30: Rundfunk. 21.30: Rundfunk. 22.30: Rundfunk. 23.30: Rundfunk. 24.30: Rundfunk. 25.30: Rundfunk. 26.30: Rundfunk. 27.30: Rundfunk. 28.30: Rundfunk. 29.30: Rundfunk. 30.30: Rundfunk. 31.30: Rundfunk.

Erwerbslose, organisiert die Kampffront!

Neugersdorf. Der Erwerbslosenausschuß vom Arbeitsamt Neugersdorf ruff die Erwerbslosen und die in den Betrieben Beschäftigten zu Massenfundgebungen am 2. Februar 15 Uhr in Neugersdorf in den Sälen der Wachtente und in Köhlers Salon auf. Nachdem ist eine große Demonstration durch Neugersdorf. In geschlossenen Zügen marschieren die auswärtigen Erwerbslosen nach Neugersdorf. An die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter ergeht der Ruf, gemeinsam mit den Erwerbslosen den Kampf aufzunehmen. Die SPD versucht mit allen Mitteln, die Verbindung der Erwerbslosen mit den in den Betrieben Beschäftigten zu unterbinden. Sie fürchtet die Einheit der Arbeiterschaft auf dem Boden des Klassenkampfes. Ihre Hauptaufgabe erblicken sie darin, vor den kommunistischen „Drahtzieheren“ zu warnen. Ihre Handlangerdienste für das Bürgertum wollen sie ungestört fortsetzen. Koalitionspolitik ist Trumpf, liegt es doch zwangsläufig in ihrer Stellung zu diesem Staat. Den Arbeitern predigt man „Wirtschaftsdemokratie“ und hält sie damit bewußt ab, diesen bürgerlichen Klassenstaat zu stürzen. In allen Einrichtungen dieses Klassenstaates sind die SPD-Führer mit hohen Gehältern „eingedrung“. Von der Reichsregierung und den Länderregierungen angefangen über die Kommunen zu den Arbeitämtern verteidigten sie nicht nur den kapitalistischen Staat, sondern sind darüber hinaus eifrig bestrebt, den Kapitalismus zu einem noch langem Leben zu verhelfen. Die Leidtragenden sind die Arbeiter! Not und Entbehrungen stehen schon an der Wiege des Proletariats. Während in den Kassen die bestehende Klasse prahlt, ist der Hunger in den Häuten der Armen ständiger Gast.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verschärfen den Leidensweg des Proletariats. Besonders in der Oberlausitz ist die Notlage der arbeitenden Bevölkerung und der Erwerbslosen eine katastrophale. In den einzelnen Gemeinden ist die elende Lage der Arbeiter an den Köhlen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter deutlich zu erkennen. Auf den Wohlfahrtsämtern, wo verzweifelte Szenen sich abspielen, herrscht Hochkonjunktur. Die Gemeinden selbst stehen vor dem finanziellen Bankrott. Tatlos steht die Regierung der Reichsregierung, die Regierung des Trustkapitals und der Sozialdemokraten, gegenüber. Obwohl in der Verfassung steht „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundätzen der Gerechtigkeit, mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins, für alle entsprechen“, sinkt die Lebenslage der Arbeiterklasse von Tag zu Tag mehr. Mit der Einführung des Erwerbslosenversicherungsgegesetzes begann der schnellere Lauf der Verelendung der Erwerbslosen. Für die Kapitalisten war dies Geheiß ein Sprungbrett, um ihre aus Profitgründen entstehenden Ziele gegen das Proletariat durchzusetzen. Die SPD-Führer standen den Kapitalisten mit ihrer „praktischen Arbeit“ ganz zu Diensten, um so ihre Regierungsfähigkeit den Kapitalisten zu beweisen. Der SPD-Minister Rißel hat doppelt schwere Arbeit, einmal um Schandschiedsprüche zugunsten der Unternehmer für verbindlich zu erklären, gegen die nach besseren wirtschaftlichen Verhältnissen strebenden Arbeiter, und zum andern den Erwerbslosen mit dem Sonderfürsorgegesetz den Brotkorb noch höher zu hängen. Die Demoralisierung eines Teiles der

erwerbenden Arbeiterschaft, soll in Aussicht gestellte Kampfe illusorisch machen. Das Unternehmertum braucht Hilfskräfte, um so jede Regung von vornherein zu unterdrücken.

Dies muß die Arbeiterschaft erkennen, wenn sie zu ihrem Ziele gelangen will. Die Kommunisten werden das Proletariat führen, bis zur endgültigen Befreiung von den Fesseln des kapitalistischen Systems. Das wird nur möglich sein, wenn das Proletariat Klassenbewußt unter den roten Fahnen den von der kommunistischen Partei aufgestellten Weg beschreitet. Am 2. Februar wird die Arbeiterschaft von Neugersdorf und Umgegend für folgende Forderungen demonstrieren:

- Für den Achtstundentag in allen Betrieben. — Gegen Überstunden!
- Für Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms!
- Für die Ausdehnung der Erwerbslosenunterstützung auf 30 Wochen!
- Für Beilegung des Ausnahmegerichtes gegen Saisonarbeiter!
- Für Ausdehnung der Arbeitsfürsorge auf alle Berufs!
- Für das Bündnis der Betriebsräte und Erwerbslosen!
- Gegen die Politik der reformistischen und bürgerlichen Reichsminister!

Der „geföhreudige“ Pfarrer

(Arbeiterkorrespondenz)

Ritzkau. Daß Nehmen seliger denn Geben ist, hat die Kirche und ihre Pfaffen schon immer bewiesen. Sie sind diesem Grundgesetz auch immer treu geblieben.

Kommt da so ein alter „ausgedienter“ Prolet, den die „hohe“ Staatspension auf die Straße getrieben hat, auch noch Ritzkau. Nach dem „Ritzkau mit den goldenen Döckern“, wie so schön gewisse Zeitungen schreiben. Er geht hier von Haus zu Haus und bittet um ein Almosen. So kommt er auch an die Tür des Ritzkauer Seelforgers, mit Namen Hammerich Schmidt. Das Dienstmädchen, das öffnet, erklärt, der Herr Pastor sei nicht zu Hause. Man müßte denken, wenn er weggeht, könnte der „fromme Hirte“ schließlich dem Dienstmädchen ein paar Fünfer geben, damit kein Altknecht unerhört von diesem Hause geht. Keine Ahnung. Beim Weggehen bemerkt nun der alte Mann, daß der „Herr“ Pastor zum Fenster rauschaut. Da ward das Herz dieses Notleidenden voll und der Mund ging ihm über. Was er sagte, können wir hier nicht verraten. Wer es genau wissen will, der kann mal den „Herrn“ Pastor fragen, der hat sich's sicher aufgeschrieben.

Dieser Vorgang, so unscheinbar er erscheinen mag, erhebt blühartig die Heuchelei und Verlogenheit der Kirche. Aus dem Bolle werden Millionen und immer wieder Millionen herausgepreßt, um die Macht der Kirche zu stützen und ihre Diener zu mästen. Diese aber speisen dann die Vermissten der Armen mit einer Lüge (vielleicht eine Lüge der Seelforgers) ab. Dieser Vorkall beweist aber weiter, daß die „Diener Gottes“ selbst nicht glauben, was sie predigen, sonst würden sie anders handeln. Ihre Lehren sind nur für die geistig Armen. Der Arbeiterkass aber rufen wir zu, laßt euch nicht mehr die Hirne mit solchen Gespinnt verfeinern. Lehrt diesen Heuchlern den Rücken und laßt sie unter sich.

Heraus aus der Kirche!

Aus der Freidenkerbewegung

(Arbeiterkorrespondenz)

Reichenau. Als ein voller Erfolg kann wohl der am vergangenen Montag von der hiesigen Ortsgruppe des BZdJ stattgefundene Filmauffklärungsvortrag bezeichnet werden. Genosse Groß, Jittau, begrüßte die zahlreich Erschienenen und gab gleichzeitig bekannt, daß in nächster Zeit wiederum ein interessanter Filmvortrag, betitelt „Wunder der Schöpfung“ und „Der weiße Tod“, behandeln die Feldzucht des russischen Eisbrechers „Arassin“ und Rettung der Nobile-Expedition, stattfinden soll. Hierauf folgte der erste Teil der Veranstaltung, der Film: „Aus dem Reich der Bienen“, der auch guten Anklang bei den Besuchern gefunden hat, konnte man doch auch hier einen Einblick tun in einen Inzuchttrieb und das regame Leben und Treiben eines Bienenstaates beobachten. — Weiterhin folgte dann der zweite Teil des Abends als Hauptfilm bezeichnete Film „Die Hege“. Wiederum gab der Redner, um den Film besser verständlich zu machen, einige Ausführungen und wies hin auf das in neuerer Zeit bevorstehende Konfodrat, das nicht weiter bedeutet als Ausbelung der Meinungsfreiheit, trotzdem wir in einer der „freiesten Republiken“ leben (Gotteslästerung!). Die hierauf folgende Vortragsführung gab einen Rückblick in die Zeit der traurigen sowie furchtbaren Hexenverfolgungen und -prozesse im Mittelalter. — Unter furchtbaren Qualen verurteilt man durch Folterungen alles mögliche — oder besser Unmögliches aus Veronen, die vielleicht durch Unglücksfall verkrüppelt oder durch harte Arbeit ihres Lebens entstellt waren, wenn sie als der Hexerei verdächtig waren, herauszupressen. — Mit dem Erlöschen an der Besucher, der Kirche den Rücken zu kehren, sich einzureihen in den Freidenkerverband, mitzureden und das Konfodrat der schwarzen Reaktion zu machen sowie den Vortragsabend der ehemaligen Nonne Mizi Juggler im Anfang März zu besuchen, schloß der Redner unter hartem Applaus die Veranstaltung.

Hirschfelde. Am vergangenen Sonntag fand in Hennigs Walthof die Hauptversammlung statt, die sehr gut besucht war. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen: Eine Reihe Störungen und Behinderungen waren zur Erlangung der vielen Arbeit nötig. Es fanden statt: 1. Versammlungen, 2. öffentliche Versammlungen mit den Themen: Warum glaube ich nicht? und „Gott außer Dienst“, 2. Lichtbildervorträge, ein Sonnenwendfest (mit 140 Kinder besucht) und eine Nachwanderung zur Jugendfeier wurden 9 Mädchen und 21 Knaben mit einem Buch und einem Blumenstrauß bedacht. Alle Veranstaltungen waren sehr gut besucht. Im vergangenen Jahre wurden 85 neue Mitglieder gewonnen; gestorben sind 2 Mitglieder. Die Gesamtmitgliedszahl beträgt 334. Den Kassenbericht erstattete Genosse Schulze. Bei den Kassenarbeiten wurden gewählt: F. Börner und H. Walter als Vorstände, A. Schulze und D. Richter als Kassierer, F. Schmidt und K. Nau als Schriftführer, H. Richter und H. Schah als Kassieren. Die Berichte vom Bezirksvorstand und Unterbezirk wurden zur Kenntnis genommen. Am ersten Donnerstag findet von der Saloslatkapelle ein Konzert statt. Zur Jugendfeier wird die Truppien-Gruppe mitwirken. Für die Arbeiterwahlfahrt und Kote Hille wurden je 5 Mark bewilligt. Die Bibliothek befindet sich nun jetzt ab beim Genossen Paul Börner, Hirschfelde, Friedländerstraße 19. Die am Vorbereitungunterricht teilnehmenden Kinder müssen sofort beim Vorstehenden gemeldet werden. Der Film „Die Hege“ mit dem Beifall „Aus dem Reich der Bienen“ lief am selben Abend in Reigers Walthof; die Vortragsführung war ebenfalls sehr gut besucht. Genosse Groß, Jittau, erläuterte einwangs die im Mittelalter stattgefundenen Hexenverfolgungen und -verbrüngen, die von der Kirche nicht nur gebilligt, sondern direkt ausgeführt wurden. Es muß deshalb für jeden Arbeiter nur eins geben: „Heraus aus der Kirche!“

Reichsparteikonferenz über Wirtschaftskämpfe

Am Samstag und Sonntag, den 26. und 27. Januar, tagte in Berlin eine Reichspartei-Konferenz der SPD, die sich mit folgenden Fragen befaßte:

1. Die Wirtschaftskämpfe, ihre Ursachen und die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition.
2. Unsere Taktik bei den Betriebskämpfen.
3. Gewerkschaftsarbeit bei Zellen und Fraktionen.

In der Konferenz nahmen 217 Delegierte teil, von denen 27 Gewerkschaftsfunktionäre, 22 Betriebsfunktionäre, 11 Gewerkschaftsangehörige, 40 Parteifunktionäre und 27 Arbeitslose waren. Gewerkschaftlich organisiert waren bis 1914 78, bis

1918 32, bis 1923 61, nach 1928 25. Politisch organisiert waren bis 1914 72, bis 1918 47, bis 1923 70 und nach 1928 28. Die Mehrheit der Delegierten waren also politisch und gewerkschaftlich schon vor 1918 organisiert. 198 sind zur Zeit Mitglieder der freien Gewerkschaften, die übrigen 21 sind Ausgeschlossene. 128 Delegierte arbeiten in mittleren und größeren Betrieben.

Zu den Delegierten waren Mitglieder des ZK, der Reichstags- und Landtagsfraktionen, der Gewerkschaftsdelegation des ZK und über 100 Berliner Gewerkschaftsfunktionäre als Gäste anwesend.

Zum ersten Tagesordnungspunkt referierte der Gen. Hedert.

Gen. Hedert über „Wirtschaftskämpfe und Gewerkschaftsopposition“

Das 8. Plenum der Exekutive der Kommunistischen Internationale stellte im Frühjahr des vorigen Jahres nach eingehender Beratung fest, daß sich die Weltlage demnach verändert hat, daß es notwendig ist, unsere ganze Taktik dieser veränderten Lage anzupassen und insbesondere gegen den Reformismus härter und radikalischer vorzugehen. Es ist notwendig, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf dem Gebiet der Wirtschaftskämpfe eine selbständige Tätigkeit entwickelt. Der 4. Kongreß der KÖZ hat dieser Einschätzung der Lage Rechnung getragen und seine Beschlüsse wurden ausdrücklich vom 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bestätigt. Es ist also ganz falsch, wenn behauptet wird, daß zwischen den Beschlüssen des 4. KÖZ-Kongresses und der Kommunistischen Internationale über die Fragen der Gewerkschaftsbewegung und des Auftretens in den Wirtschaftskämpfen ein Unterschied vorhanden ist.

Der 4. Kongreß der KÖZ hat festgestellt, daß die Gegensätze in der kapitalistischen Welt rasch anwachsen und die Krisisgefahr akut zu machen. Diese Gegensätze zwingen die Unternehmer zu einer allgemeinen Offensive gegen die Arbeiterklasse, wobei sich die Reformisten immer mehr von den Arbeitern lösen, in das Lager der Kapitalisten übergehen und zu einem positiven Faktor zur Vorbereitung des Krieges werden.

Wir können uns nicht mehr darauf beschränken, mit den Reformisten zu diskutieren, das haben wir lange Jahre getan, wir müssen auch gegen ihren Willen Kämpfe vorbereiten, auslösen und durchführen, was allerdings schwierig ist, aber diese Aufgabe muß dennoch gelöst werden.

Wir können in der Masse eine Stimmung machen für eine Lohnbewegung; wir können Forderungen aufstellen, von denen die Arbeiter sagen, ja wohl, wir verstehen die Forderungen, wir sind damit einverstanden. Die Reformisten müssen die Forderungen, wie es schon oft der Fall war, anerkennen und können sie nicht verleugnen. Früher haben wir das nicht gekonnt. Da haben wir Forderungen aufgestellt, die uns von den Massen isolierten. Jetzt ist es ganz anders. Ganz offensichtlich schreiben die Unternehmer in ihren Zeitungen, daß die Reformisten die Forderungen jener Forderungen der Kommunisten sind. Und in einer Reihe von Kämpfen des Jahres 1928 war das sehr oft der Fall. Das ist aber merkwürdig, wir müssen noch lernen, Kämpfe auszulösen und diese selbständig zu führen.

Der Charakter der Kämpfe

Die allgemeine Offensive der Unternehmer gegen die Interessen der Arbeiter ist nicht das einzige charakteristische Zeichen der Wirtschaftskämpfe, wir haben jetzt eine andere Tatsache von ebenso großer Wichtigkeit zu verzeichnen. Die Arbeiterklasse reißt nicht mehr aus der Unternehmertangriffen. Sie stellt sich zur Wehre trotz ihrer verdrängten, die Arbeiter zerkleinernden Macht, die die reformistische Gewerkschaftsbürokratie in allen Ländern repräsentiert. Überall sehen wir, mit dieser Rechtsentwicklung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gleichgehend, eine Linksbewegung in den arbeitenden Massen. Und diese Bewegung führt dazu, daß die Heinen Kämpfe sich rasch ausweiten zu großen Kämpfen, oft zu sehr entscheidenden Auseinandersetzungen. In diesen Auseinandersetzungen treten die Arbeiter keineswegs nur in einer Verteidigungsstellung auf, sondern versuchen, offensive Elemente zu werden. Was sind die Erfahrungen im letzten Jahre, die allgemeinen Erfahrungen in den Wirtschaftskämpfen in Deutschland, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei, Australien, Indien usw.? Sie sind zum großen Teil Massenkämpfe gewesen, die die Tendenz haben, sich zu verbreitern, in denen die Arbeiterklasse nicht erlischt vor den Angriffen der Unternehmer, sondern im steigenden Maße Elemente des Widerstandes entwickelt.

Als wir unmittelbar vor dem Ruhrkampf standen, schrieb die „Kommunistische Weltzeitung“, die „Bergwerkszeitung“, die „Berliner Morgenzeitung“ in einem Artikel, betitelt „Durch Kampf zum Frieden“, die Reformisten sind nicht mehr der Damm, der uns den Frieden in der Industrie garantiert. Sie müssen dem kommunistischen Druck weichen, und damit er nicht übermächtig wird, ist es notwendig, jetzt die Arbeiter anzugreifen und niederzuwerfen. Das sagten auch die Textilbarone, die Chemiegewaltigen usw., und das sehen wir auch in den anderen Ländern. Die Ausperrung als eine Präventivmaßnahme, um das Unternehmertum zu sichern gegen einen Angriff der Arbeiter, der den Zweck hat, den reformistischen Damm zu durchbrechen.

Ein weiteres Merkmal der Wirtschaftskämpfe im vorigen Jahre ist, daß deshalb diese Kämpfe von vornherein nicht nur wegen ihrer Größe und ihrer ökonomischen Bedeutung, sondern eben wegen dieser Hilfe seitens der Staatsgewalt einen offen politischen Charakter annehmen. Das ist in allen Ländern der Fall, nicht nur in Deutschland, das war auch in Polen der Fall, wo die Textilarbeiter in Lodz durch den Generallstreik die Aufhebung der Bestimmungen des Streikgesetzes durch die Regierung erzwangen, oder in Norwegen, wo das Gesetz des Zwangsgerichtsverfahrens durch den „ungeleglichen“ Streik der Bauarbeiter praktisch aufgehoben wurde.

Nach einer anderen Erscheinung ist zu verzeichnen: Ob ein Kampf niedergewungen wird, am Schluß dieser Bewegung ist bei der Arbeiterklasse keine Niederlagenstimmung vorhanden. Sie fühlen sich wohl verraten, sie fühlen wohl, daß sie eine Schlappe erlitten haben, aber sie haben nicht das Gefühl der Niederlage und dies ist ein ganz wichtiges Element: kein Gefühl der Niederlage bei der Arbeiterklasse, nachdem der Kampf beendet ist.

Nachdem sie gesehen haben, wie groß die Gewalt der anderen ist, gehen sie an die Vorbereitung neuer Bewegungen.

Es gibt noch einige andere Merkmale, die alle den Kämpfen anhaften und die ich hervorheben muß. Das ist die lange Dauer der Kämpfe. Diese lange Dauer stellt unsere bisherigen Erfahrungen auf den Kopf.

Die Rolle der Unorganisierten

Bisher hieß es, eine lange Dauer der Kämpfe sei nur möglich, wenn die Arbeiterklasse selbst oder zum mindesten zum größten Teil organisiert sei und unterstützt würde. Aber wir sehen in diesen Kämpfen, daß die Arbeiter auch ausfallen, auch wenn sie keine Unterstützung bekommen. Die amerikanischen Bergarbeiter kämpften 18 Monate, die englischen Bergarbeiter neun Monate; die Bewegungen in Deutschland, in Frankreich, in Polen, alle Bewegungen während der Jahre 1927/28 nehmen eine ständig längere Dauer und Erbitterung an. Die Fronten der Arbeiter werden nicht gespalten und insbesondere wächst der Widerstand der Arbeiter gegen das Schlichtungssystem im allgemeinen. Wir haben früher angenommen, die Unorganisierten seien die schlechten, die indifferenten Elemente. Und was sehen wir jetzt? Alle Kämpfe in Deutschland und anderen Ländern wurden unter solchen Umständen durchgeführt, daß die Unorganisierten immer die Mehrheit waren, oft die erdrückende Mehrheit. Obwohl sie von den Gewerkschaften nicht unterstützt wurden, obwohl man sie nicht unterstützte, obwohl sie in einer viel schwierigeren Lage waren, reißten sich die unorganisierten Arbeiter in die Kampffront ein und konnten in der Kampffront gehalten werden. An dem Zeitpunkt, wo die Bewegung

Die Zustimmung der Delegierten

In der Nachmittags-Sitzung vom Sonnabend, den 26. Januar, entfaltete sich eine dreistündige Diskussion zum Referat des Genossen Hedert. Alle Redner, ohne Ausnahme, bestätigten die Grundlinien der Ausführungen des Genossen Hedert, geringfügige Differenzen ergaben sich nur bei Detailfragen. 21 Redner kamen zum Wort, weitere 40 Redner waren noch auf der Rednerliste, als die Diskussion geschlossen werden mußte.

X. (Hamburg) berichtet über den Hafenarbeiterstreik. Am Tage des Streiks forderten die Rechten und die Versöhler, daß der Streik von seiner führenden Stelle im Streikkomitee zurücktrete, damit er nicht seine gewerkschaftliche Funktion in Gefahr bringe. Die Rechten und Versöhler labortierten den Streik und halten damit der SPD. Der Streik ist durch den Polizeiterror und die Streifscherearbeit der Sozialdemokraten zusammengebrochen.

Müller (Jugend) hat hervor, daß im Ruhrkampf 30.000 Jugendliche teilgenommen haben. Die Partei müßte sich mehr um die Heranziehung der Jugendlichen bei den Kämpfen der Erwachsenen kümmern.

Kaack (Berlin) charakterisiert den Umweltschutzprozeß innerhalb der Arbeiterklasse, der für die taktische Haltung der Kommunisten und der revolutionären Gewerkschaftsopposition von großer Bedeutung ist. Die Zusammenarbeit zwischen den Zellen in den Großbetrieben und den Gewerkschaftsfraktionen ist mangelhaft. Dem muß abgeholfen werden.

Schneller (Berlin) betont, daß der Zusammenhang zwischen der Kapitaloffensive und den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten den Wälfen klar gemacht werden muß. Ohne Verständnis dieses Zusammenhangs kann die neue Gewerkschaftstaktik nicht verstanden werden. Die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben muß verstärkt werden. Die Reparationsverhandlungen Deutschlands mit Frankreich bedecken das letzte Ende der notwendigen Anhebung Deutschlands an den imperialistischen Block gegen die Sowjetunion.

Thompson (Vertreter des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs) begrüßt die Reichspartei-Konferenz und führt u. a. aus: Im Kampf gegen die Kriegsgesfahr muß eine gemeinsame Front der Arbeiterklasse aller Länder gebildet werden. In Frankreich verwechseln die Reformisten mit dem Staatsapparat ebenso wie in Deutschland. Die Frage der Heranziehung der Unorganisierten in die allgemeine Klassenfront steht in Frankreich vielleicht noch härter als in Deutschland. Die Anwendung der neuen Gewerkschaftstaktik in Frankreich hat bei den letzten Wirtschaftskämpfen bereits positive Ergebnisse gezeigt.

7. (Ruhrgebiet): In der Kölner Tagung der Antimperialistischen Liga hat der Bergarbeitersekretär Englands, Wood, an den Genossen Hedert die Frage gerichtet, was haben die Ruhrarbeiter während des englischen Bergarbeiterstreiks geleistet? Diese Frage ist sehr peinlich, wir müssen uns selbst diese Frage stellen. Die Gewerkschaftsopposition hat alle Kräfte angepannt, aber sie war nicht imstande, die Ruhrarbeiter zu aktiven Soldaten zu bewegen. Schuld daran hat zum großen Teil unsere falsche Taktik, die in der Parole „umgibt die Front“ ihren Ausdruck fand. Wir mühten schon dann die Initiativen in die eigenen Hände nehmen, den Kampf selbständig auslösen und führen. Wir müssen den Kampf, der jetzt im Bergbau zum 1. Mal von uns steht, schon jetzt vorbereiten.

Böcher (Düsseldorf) berichtet über die Leistungen der Solinger Ortsverwaltung des DMB, die von den rechten Liquidatoren beeinflusst ist. Bei jeder Tarifbewegung sind in den letzten Jahren seitens der Ortsverwaltung schwere oppo-

non der reformistischen Bürokratie abgedrückt werden sollte, sondern wir oft nach wochenlangem Kampf bei diesen unorganisierten den heftigsten Widerstand gegen den Abbruch der Bewegung. Das ist eine sehr wichtige Tatsache, eine äußerst wichtige Erscheinung, die wir nicht aus dem Auge lassen dürfen. (Zwischenruf: „Weiß das eine Zwangslage war?“) Und bei dem Streik, bei dem der Arbeiterkampf? In Indien, in Lohy, in Sorbeuz?

Im Ruhrarbeiterkampf waren von den 218.000 Arbeitern, die ausgesperrt waren, 149.000 nach den Angaben der Gewerkschaften unorganisiert. Das sind 70 Prozent der am Kampf beteiligten Arbeiter. Ich werfe nun die Frage auf, konnte dieser Kampf zu einem Erfolg der Arbeiter geführt werden unter Ignorierung dieser Arbeiter? Wenn einer dieser Meinung ist, soll er erklären, wie ein solches Wunder möglich wäre. Der Kampf wäre von vornherein für die Arbeiter verloren, wenn die unorganisierten Arbeiter aus der Kampffront herausgelassen würden. Was hat die reformistische Bürokratie getan, um dieser Gefahr, die sicher vorhanden war, Einhalt zu tun? Sie hat es nicht. Bleibt zu Hause, schläft auch aus, hört nicht die Ruhe und Ordnung, wir werden das schon für euch machen. Selbst das, die unorganisierten Arbeiter in die Kampffront einreihen, ihnen ein Verständnis über die Lage zu geben? Was antworteten die revolutionären Arbeiter darauf? Sie antworteten: diese unorganisierten Arbeiter müssen bearbeitet werden, damit sie nicht in einen Gegenangriff kommen zu den Gewerkschaften. Es muß die Gefahr vermieden werden, daß der Unternehmer sich mit einem Aufruf an sie wenden kann „Kommt zurück, dann werden wir zu den alten Bedingungen weiterarbeiten können“. Wir müssen die Unorganisierten zusammenfassen. Das beste Mittel ist, daß wir sie an die Streikfront heranziehen, auf den Streikposten zusammenrufen, sie beschäftigen mit Streikpostenfällen. Es muß alles gemacht werden, um einen festen einheitlichen Block zu schaffen. Hat die Gewerkschaftsbürokratie in den fünf Wochen der Ruhrersperrung auch nur den kleinsten Schritt in dieser Richtung getan? Kein Mensch kann das sagen.

Wir müssen unsere Aufmerksamkeit darauf lenken, unter den Arbeitermassen aktiv aufzutreten gegen den kapitalistischen Staat, die kapitalistische Wirtschaft und die reformistische Bürokratie. Wir müssen lernen, Bewegungen zu organisieren, auszulösen und durchzuführen. Das muß geschehen mit aller Energie und aller Kraft. Die Tatsache der Entwicklung der Arbeiter, die Empörung der Arbeitermassen gegen das Schlichtungssystem, die Erfahrungen der Arbeiter im internationalen Maßstab, sie sind uns eine starke Stütze. Wir sollen davon Gebrauch machen, wir dürfen nicht mehr am Schwanz der Bewegung marschieren, sondern müssen uns energisch an die Spitze stellen, keine Dummdheiten machen, sondern eine kluge Taktik durchführen gegen alle Widerstände, die uns entgegenstehen.

Genossen Hedert hat hervor, daß der Kampf gegen die Spaltung der Gewerkschaften durch die Gewerkschaftsbürokratie in den Vordergrund gestellt wird. Man stellt sogar die Theorie auf, daß unorganisiert zu sein, ein revolutionärer Vorteil ist (Zwischenruf: „Wo ist eine solche Theorie?“).

Flörin (Essen) führt aus: Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß zu positiver revolutionärer Arbeit übergehen. Die Opposition muß sich ihrer Führerrolle bewußt sein. Nicht nur im Kampf, sondern auch in der Vorbereitungsperiode zum Wirtschaftskampf. Zu diesem Zweck müssen in den Betrieben besondere Organe — Kampfaußenstellen — gebildet werden. Gegenüber den Gewerkschaften müssen wir die Forderung aufstellen, daß bei Streiks und Ausperrungen auch die Unorganisierten von den Gewerkschaften Unterstützung bekommen. Die Versöhler können die Möglichkeit der neuen Taktik nicht begreifen, weil sie nur die positiven Seiten der kapitalistischen Stabilisierung sehen.

Schlusswort des Genossen Hedert

Genosse Hedert sagte in seinem Schlusswort u. a. folgendes: Aus den Ausführungen des Genossen Sackow haben wir erfahren, daß der ehemalige Berliner Gewerkschaftssekretär, der Genosse Franzel, Behauptungen geäußert hat, daß unsere heutige Konferenz der Gründungskongreß für neue Gewerkschaften sein soll. Das haben wir bisher immer nur von den Rechten gehört. Die Rechten und Versöhler beschuldigen uns, daß wir das Schwergewicht unserer Arbeit auf die Unorganisierten verlegen wollen.

Die Frage, ob die organisierten Arbeiter „überhaupt“ revolutionärer als die unorganisierten sind, ist unzulässig. In beiden Lagern gibt es einen Teil, der für den revolutionären Kampf nicht zu gebrauchen ist. Unsere Aufgabe muß es sein, sowohl von den Organisierten wie von den Unorganisierten die revolutionären Elemente zu erfassen und zum Kampf zu mobilisieren.

Ausdrücklich ist auf dem Kongreß der KÖZ, und der Komintern und auch in den Ausführungen des Genossen Stalin gesagt worden: Verstärkung unserer revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften. Aber auch die Unorganisierten müssen in die revolutionäre Kampffront eingereicht werden.

Die Kriegsgesfahr steht im Mittelpunkt des ganzen gesellschaftlichen Geschehens. Darum müssen alle unsere Wirtschaftskämpfe mit der Frage des Krieges in Verbindung gebracht werden. Die Konferenz muß ein Aufruf dazu sein, daß die Kommunisten vor die Front treten und die Arbeiter zur Offensive führen.

Nachdem die Konferenz einstimmig beschlossen hat, an die gegenwärtig tagende Konferenz der schwebeligen Gewerkschaftsopposition ihre Kampfgründe zu übermitteln, wurde die Konferenz auf Sonntag vertagt.

Jahreshauptversammlung des Fabrikarbeiterverbandes

Am Freitag, dem 25. Januar 1929, fand die Jahreshauptversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Dresden, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Wahl der Ortsverwaltung, 3. Wahl der Hauptvorstandsmitglieder, 4. Verbandsangelegenheiten.

Kollege Grafe erstattete den Geschäftsbericht. Er erwähnte einiges Zahlenmaterial über Tarifbewegungen, Versammlungen sowie Ein- und Austritte, und erklärte dabei, daß die erzielte Lohnerhöhung für die Gesamtmittelschicht die Beitrags-erhöhung übersteige. Nach seiner Meinung gewiß ein großer Erfolg. Dann betonte derselbe noch, daß uns im kommenden Jahre wahrscheinlich große Kämpfe noch bevorstünden, die eine feste, geschlossene Organisation verlangten, und appellierte dabei zugleich an die Funktionäre, alle Kräfte zur Verwirklichung der noch heute fernstehenden einzulegen, um die kommenden Kämpfe erfolgreich führen zu können.

Kollege Jahn gab dann den Kassenbericht. Hier sei nur erwähnt, daß er am Schluß versicherte, daß die Kassenverhältnisse als gute bezeichnet werden und die Kollegen getrost den notwendigen Kämpfen im laufenden Jahre entgegenzutreten könnten.

Kollege Garben wies in der Diskussion darauf hin, daß wohl Grafe schöne Worte gebraucht habe, aber die Tatsachen in der Vergangenheit, und wahrscheinlich auch für die Zukunft seien mit diesen Worten nicht in Einklang zu bringen, und die Kollegen hätten den Glauben an die Durchführung des Versprechens verloren. Er griff noch besonders den Tarifablauf des Mantelvertrages in der Chemie heraus, wo von der Gewerkschaftsbureaukratie, ohne die Kollegen in den Betrieben zu fragen, ganz einfach stillschweigend ein Weiterlaufen dieses Vertrages beschlossen wurde. Gleich nach Schluß dieses Redners gelang es dem Versammlungsleiter, Kollegen Jacob, die Geschäftsberichtsdebatte kurz abzubrechen, indem er erklärte: „Wartungsarbeiten liegen nicht mehr vor, wir kommen somit zum zweiten Punkt: Ortsverwaltungswahlen!“ — Trotz Protestes wurde der zweite Punkt nun behandelt.

Es waren 14 Kollegen in die Ortsverwaltung zu wählen. Die Stimmsettel lagen mit der gleichen Anzahl Vorschläge, die die einzelnen Branchen gemacht hatten, schon vor. Aus der Verammlung heraus wurden noch einige Vorschläge gemacht. Man hatte von reformistischer Seite in den einzelnen Branchen gut gearbeitet und durch Wandelers es verstanden, zwei Kollegen der Opposition zu beschäftigen, indem man der einen Branche das Mandat entzog und in der anderen alles aufbot, um seine Schützen in die Branchenverammlung zu bringen. Trotzdem hat die Wahl gezeigt, daß unsere Gegenwärtigen bedeutend mehr Stimmen auf sich vereinigen konnten als die reformistische Gegenopposition. Die Wahl ergab als Resultat: zwei Genossen in der Ortsverwaltung.

Im 3. Punkt, Gewerkschaftsmitgliederversammlung, wurde nur ein weiterer Vorschlag aus der Verammlung heraus gemacht. Hier ist es uns gelungen, zwei oppositionelle Kollegen hineinzubringen. Während der Auszählung der Stimmsettel wurde der 4. Punkt behandelt. Kollege Grafe gab einiges Organisatorische bekannt und wies die Mitglieder auf die Notwendigkeit des Lesens der Arbeiterpresse hin.

Kollege Weig fragte dann, warum der Beschluß, über die Ortsverhältnisse Bericht zu erstatten, nicht durchgeführt werde, da doch, da das Kartell die höchste Instanz der Gewerkschaften in Dresden darstelle, immerhin wichtige Beschüsse gefaßt würden, deren Kenntnis für die Kollegen bestimmt von Interesse sein dürfte. Er wies dabei darauf hin, daß gerade für die Arbeiterklasse wichtige Fragen eine Rolle gespielt hätten, wie die Sonderfürsorge, die unter Zustimmung der Gewerkschaften zustande gekommen sei und für viele Kollegen eine bedeutende Verbesserung brachte. Wahrscheinlich aber beschäufte sich das Kartell mit diesen wichtigen Fragen, wie es auch noch der Ruhrarbeiterkampf und vieles andere sei, nicht so, daß deswegen nichts zu berichten sei.

Kollege Hochmann fragte an, warum man eine Kollegin, die um Aufnahme in den Verband nachgehakt habe, als nicht zugehörig für den Verband, zurückgewiesen habe, obwohl eine andere Kollegin von demselben Betrieb aufgenommen worden sei. Darob große Verlegenheit und die Erklärung, das müßte ein Fehler einer unteren Instanz sein. Ein anderer Kollege empfiehlt der Verammlung das Hinauswerfen der bürokratischen Presse und dafür die Arbeiterstimme zu abonnieren. Das rief sofort Kollegen Grafe auf den Plan, und er erklärte, wenn hier für eine bestimmte Zeitung Propaganda gemacht werde, empfehle er die Dresdner Volkszeitung. Darauf allgemeines Geschrei der Anwesenden in der Saale, woraus man schließen konnte, daß diese Empfehlung nicht besonders angelegentlich hatte, und Grafe wohl kein innere Freude empfunden haben wird. Nachdem noch Kollege Schneider auf die Anregung betriebskartell-berichterstattung einging und in Verbindung damit auf den Ruhrkampf, das Verlangen der Gewerkschaftspropaganda, des Staates mit seinen Schlichtungsinstanzen, die immer nur im Interesse des Kapitals wirkten, zu sprechen kam, verurteilte Kollege Wagner in seiner Erwiderung, die Mithierung der Gewerkschaften an dem Zustandekommen der Sonderfürsorge abzuschwächen. Man merkte aber, daß ihm dieses Kapitel selbst peinlich war. Nach Bekanntgabe der Wahlresultate übte Kollege Jacob die Verammlung.

Auch diese Verammlung ist ein erneuter Beweis, daß die Arbeiter immer mehr zur Opposition hinken und die reformistische Politik ablehnen.

Die Absperrung der 55 000 Textilarbeiter

Nachdem der Unternehmerverband für Gera-Grätzler Webereien 55 000 Arbeiter auf die Straße geworfen hat, hat jetzt der benachbarte Unternehmerverband ebenfalls in den Kampf eingegriffen. Die westfälischen Textilindustriellen haben die Absperrung von 20 000 Arbeitern angeordnet, vor allem die Belegschaften der Chemnitzer Kammgarn- und Streichgarnspinnereien. Während in der Gera-Grätzler Textilindustrie, wo die Weber eine Stundenlohnzulage von 15 Pf. fordern, seit über 3 Monaten ein tarifloser Zustand besteht, war für die westfälische Textilindustrie wie für Ostfalen ein Schiedsspruch gefaßt und verbindlich erklärt worden. Aber ohne Besinnen haben die westfälischen Textilindustriellen diesen verbindlich erklärten Schiedsspruch zerrissen, woraus die Arbeiter endlich überall die Forderungen ziehen mußten.

Die westfälischen Textilbarone begründen die Absperrung damit, daß infolge des Kampfes in der Gera-Grätzler Weberei ihre Betriebe keinen Absatz mehr hätten. Natürlich ist das nur eine juristische Deduktionsformel. In Wirklichkeit wollen die westfälischen Textilherren ihre Kampagne in Thüringen unterbrechen und gleichzeitig die sächsischen Textilarbeiter einschüchtern.

Im Gera-Grätzler Gebiet begann der Kampf mit dem Streik einiger Belegschaften, worauf die Unternehmer ausrückten, um einen neuen Hungerstreik zu erzwingen. Die Absperrten ließen aber tapfer, und die Konjunktur ist gut. Nun versuchen die Unternehmer durch Vermehrung der Feindenden deren Not zu steigern, um alle Kämpfenden zu zermalmen. Gleichzeitig soll den sächsischen Textilarbeitern die Luft zum Kampf genommen werden. Denn diese elend entlohnten Proletarier können sich mit den für West- und Ostfalen gefaßten und von Weibel verbindlich erklärten Schiedssprüchen, die 25 Prozent der Arbeiter keinen Pfennig Lohnerhöhung brachten, nicht ab-

finden; sie sind in zahlreichen Betrieben vorgezogen und haben alleinst die Arbeit niedergelegt. In Anbetracht der guten Konjunktur wollen die Unternehmer diesen betriebsbewußten Arbeiter ein Ende machen.

Die Spekulation der Unternehmer muß durchkreuzt werden. Nun gilt es, alles daranzusetzen, daß die Forderungen der Textilarbeiter durchgebrochen werden. Jetzt ist es für alle Textilarbeiter endlich Zeit, überall den Kampf aufzunehmen und so eine solche Entscheidung zugunsten des Textilarbeiterstandes zu erzwingen.

Dabei muß dem Berrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer entgegengetreten werden, die nur darauf lauern, den Kampf mit einem lächerlichen Reklamt abzumägen. Der Kampf muß durch von den Arbeitern selbstgewählte Kampfleitungen geführt werden. Durch den Massenbruch der gesamten Arbeiterklasse muß von den Gemeinden Unterstützung erzwungen werden, und, wie im Ruhrkampf, muß proletarische Solidarität dazu beitragen, daß die Textilarbeiter den löwen Kampf durchhalten können.

Der Kampf in der thüringisch-sächsischen Textilindustrie hat sich zu einer neuen bedeutungsvollen Schlacht zwischen Gesamtarbeiterklasse und Unternehmertum entwickelt. Es geht gegen die fortgeschrittene Hindernisse der proletarischen Lebenshaltung. Darum geht der Kampf alle Arbeiter an, alles muß getan werden, um den Sieg der kämpfenden Textilarbeiter herbeizuführen.

Das Kampfziel der Reformisten — Wirtschaftsdemokratie

(Arbeiterkorrespondenz)

In der am Donnerstag den 24. 1. 1929 im Ulrich stattgefundenen Jahreshauptversammlung des Bekleidungsarbeiterverbandes Seiffenensdorf referierte der Kollege Hüblich über „Wirtschaftsdemokratie“. Er führte unter anderem aus, daß man für diese Wirtschaftsdemokratie sogar den Kampf auf der Straße aufnehmen müsse um den gewaltigen Trusten, Kartellen und Syndikaten das Heft aus den Händen zu nehmen. Diese müßten im Interesse der Allgemeinheit enteignet werden. Die SPD-Kollegen waren es dieses Vortrages sehr bestürzt und sagten nichts. Der Genosse Vorfisch trat dem Redner entgegen. Das Problem der Wirtschaftsdemokratie würde jetzt im Zeichen des Niederganges des Kapitalismus vom ADGB bemußigt angehandelt um die Gewerkschaftskollegen zu verwirren und vom Klassenkampf abzuhalten. Also genüßten wir einen Vortrag über Sozialismus. Wenn aber das Thema so behandelt wird, wie es der Referent getan hat, können wir zufrieden sein. Wir fordern auch den Kampf auf der Straße für die Wahrung der Interessen des Proletariats und Befreiung des Kapitalismus. Denn letzten Endes ist Wirtschaftsdemokratie nur in einer klassenlosen Gesellschaft, im sozialistischen Staat, möglich.

Ziel den darauffolgenden Wahlen zur Generalversammlung und für den Ortsauschuß wurden folgende Genossen gewählt: Als Vertreter zur Generalversammlung von der Opposition die Genossen Vorfisch, Frieda Simm, Martha Häuser und Paul Milde, in den Ortsauschuß die Genossen Anton Vorfisch, Frieda Simm und Paul Milde als Ersatz. Man sieht daraus, daß, wenn unsere Genossen in der Opposition richtig verfahren, zu den aktuellen Problemen Stellung zu nehmen, der Erfolg auf unserer Seite liegt.

Oppositionserfolg im DRB Seiffenensdorf

Am 26. Januar fand die Wahl der neuen Ortsverwaltung für den Verwaltungsbezirk Seiffenensdorf des DRB statt. Der oppositionelle Spitzenkandidat A. In der Wahl erhielt 274 Stimmen (im Vorjahre 240), der Reformist 682 Stimmen (im Vorjahre 715). Also ein Vormarsch der Opposition und ein Rückgang der Reformisten. Die rechten Liquidatoren, denen es in Dortmund gelungen ist, durch ihre Treibereien der Opposition vorübergehend Abbruch zu tun, sind in Seiffenensdorf nicht auf ihre Rechnung gekommen. Wahrscheinlich werden sie aber trotzdem von einer Niederlage der SPD sprechen.

Sieg der Kommunisten im Zentralverband der Schuhmacher Seiffenensdorf

In der am 28. Januar stattgefundenen Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher, Seiffenensdorf, wurden bei der Ortsverwaltungswahl für die Vise Hecht (Komm.) 188 Stimmen, Fritz Engel (SPD) 93 Stimmen abgegeben.

Erwerbslosen-Verammlung

Sonnabend den 2. Februar 1929:

Neugersdorf: 14 Uhr

Vorstandsmitglied Redakteure: Herr Pollitz; Klaus Goldhammer; für Gewerkschaftliches: Richard Spengler; für Soziales, Gesundheit und Sport: Hilla Horecz; für den Frauenanteil: Arthur Buxler; Rüstlich in Dresden. Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Druck: Neugebauer, Dresden

MESS MEND

oder: Die Yankees in Leningrad

Von Jim Dollar

Copyright by Moderner Verlag, Wien

38 Eine solch lange Rede hatte der ehrliche Ireländer Mac Kintley in seinem ganzen Leben nicht gehalten. Er beschänkte sich bisher stets auf das „Ja, ja“ und „Nein, nein“ des Evangeliums, meist unter Hinzufügung des kurzen Wortchens „Schnap!“

Es ist daher begreiflich, daß er vollkommen erschöpft war und zusammengebrochen wäre, wenn die Kochfrau ihm nicht ein Glas von beträchtlichem Umfange gereicht hätte, dessen Inhalt er unterwegs, um sich über seine Güte zu vergewissern, zweimal prüfte.

„Wir sind arme, aber ehrliche Leute, Sir,“ sagte sie mit leiser Stimme, den dritten Schluck nehmend — wir prüfen alles — auch wenn es pures Wasser ist — was wir unieren Gästen reichen!“

Mac Kintley hätte es offenbar vorgezogen, wenn die Alte es mit ihrer Pflicht nicht so genau genommen hätte. Während er das Glas leerzte, stützte eine Telegraphin von Midletown auf Lingsmaister zu, sah sich um und flüsterte:

„Mend-Mess!“

„Mend-Mess!“ antwortete Mac, „was ist das?“

„Eine Depesche, Mac,“ antwortete besorgt der Telegraphist und steckte ihm einen Zettel in die Hand, wo Willings den vernünftigen Tod der Mrs. Orton, Sorrows Krankheit und die Möglichkeit des Zusammenbruchs des ganzen Planes mit pathetischen Worten ankündigte.

Lingsmaister las zweimal den Zettel und wurde nachdenklich. Seine großen, blauen Augen richteten sich auf Beauty — mit einem kurzen Entschluß nahm er den Hund am Halsband.

Die Sache hat sich verschlimmert, Mac Kintley,“ sagte er zu dem Irlander, der sich den Mund wusch, „sagen Sie in der Fabrik, ich sei krank geworden. Beauty und ich (der Hund be-

gann wie wild zu wedeln) werden die irische Spur aufnehmen, und ich will nicht Lingsmaister heißen, wenn ich diesen Gregorio Cize nicht am Kragen trage!“

Kodeffler in Aktion

Der zweite Tag auf dem Putlow-Wert ging seinem Ende zu. Der Schmerz in Arthurs Herz war nicht mehr so lebhaft. In diesen vierundzwanzig Stunden ist er um zehn Jahre gealtert, und jeder, der diese festen Lippen, diese klare, reine Stirn und den aufmerkamen Blick seiner Augen gesehen, wäre zu der Überzeugung gekommen, daß Kodeffler seine individuelle Behaltungsart gefunden hatte. Er deendete seine Arbeit, verabschiedete sich von den Kameraden und fuhr mit einem Motorrad nach Hause. Aber wie gubers war seine heutige Rückkehr im Vergleich zu der geistigen! Katjas Bett war unordentlich und verlassen, sein eigenes — nicht angegedet. Auf dem Tisch — keine Spur von Abendessen und Tee. Kodeffler schaltete die Lampe ein, ging einige Male auf und ab und legte sich mit dem festen Vorbehalt aufs Bett, die ganze Nacht zu wachen. Aber Müdigkeit und eine ungreifliche Schläfrigkeit überfielen ihn. Eine Zeitung bewahrte er noch die Fähigkeit, zu fühlen, und er hatte die Empfindung, als wenn lange, schwarze Hände wie Spinnen seinen Körper umtasteten. Dann versank alles in dem schwarzen Loch der Bewußtlosigkeit.

Es dauerte lange, ehe er wieder die Augen aufschloß. Es schwindelte ihm, er sprang vom Bett und suchte eine Arbeitstisch: Wie lange hatte er geschlafen? Die Uhr stand hinter dem Fenster war ein regnerischer Junia. Kodeffler betastete seine Taschen und holte seine Briefstöße mit den Papieren hervor. Es fehlte nichts, aber alles war zerstückelt, durcheinander gemengt. Es war klar, daß seine Papiere in fremden Händen gemeldet waren.

Er griff nach der Wäsche und tief auf die Straße, um zu erfahren, wie spät es war. Der am Eingang stehende Stiefelpacker schielte ihn unter seinen bulhigen Augenbrauen von der Seite an.

„Lieber Freund, wie spät ist es?“ fragte ihn Kodeffler mechanisch auf englisch.

„Der Uhr, Sir,“ antwortete der Stiefelpacker im gleichgültigen Tone, „Sie sind ja eben erst von einer Fahrt nach Hause gekommen.“

„Ich bin eben erst zurückgekommen? Ich habe doch geschlafen!“

„Das kann ich freilich nicht wissen — vielleicht schlafen Sie in gehender und sitzender Stellung, Mr. Kodeffler. Ich weiß nur das eine, daß ich Sie suchen aus einem Auto sprangen sah.“

Kodeffler sah den Stiefelpacker hart an und reichte ihm seinen Fuß. „Nehmen Sie meinen Schuh,“ sagte er flüsternd, „und sagen Sie mir, wann Sie nicht mein Feind sind, wer Sie sind und woher Sie mich kennen.“

„Ausgezeichneter Schuh,“ erwiderte Klub mit Begeisterung, „man sieht sofort die Maharbeit von der Broadway. Mein Kompliment — Sie sind ein Mann von Haltung. Wir wollen schauen, daß wir Sie gleich sauber kriegen. Woher ist Sie fenne, Sir?“

„Ich bin aus derselben Partei, die Ihnen die hübsche Frau verschafft hat.“

„Und Sie haben mich aus dem Auto steigen sehen?“

„Still, herr! Neh Sie bitte den linken. Die Rechten sind mit Ihnen unzufrieden. Ihre Bande besteht aus acht Leuten, und Sie sind alle noch Arthur Kodeffler maskiert.“

Arthur suchte zuwammen und ließ unwillkürlich einen Auswurf des Erlaunens aus.

„Wenn Sie Hübscheren haben, Sir,“ sagte der Stiefelpacker bestimmt und spackte auf die Bürste, „dann sollen Sie lieber Schuhe aus Segeltuch tragen. Nehmen Sie sich in acht vor diesen Leuten: Sie werden Sie eben verschwinden lassen, wie sie ihre Frau weggeräumt haben.“

„Wo ist sie? Was ist mit ihr geschehen?“ stieg Arthur kurz aus.

„So, jetzt noch mit dem Zuschlagen, und dann ist die Geschichte fertig. Das hübsche Fräulein hat irgendwo unter den Mauern dieses Hauses. Es wäre besser, wenn Sie sich den Anstern geben wollten, als wenn sie noch immer zu der Bande gehörten. Eine prachtvolle Ware — solche Schuhe würde ich mir gefälligst lassen. Oder Sie liefern Ihre Spießgesellen sofort der Somptuierung aus.“

„Was habe ich zu zahlen?“ fragte Kodeffler, seine Briefstöße ziehend.

„Nach Belieben, Sir.“

„Hier, lieber Freund, reden Sie das ein! Es wird in Ihren Händen besser vermaht sein. Ich fürchte, daß die Leute, die mit meinem Gesicht herumlaufen, meine Papiere zu ihren Zwecken verwenden.“

Ab Freitag, den 1. Februar im
CAPITOL
FREITAL

Eine Weltsensation
in Freital!

Musik aus der Luft

„Das größte musikalische
Wunder unserer Zeit!“
Prof.-Theremin-Ketherwolten-Musik
Das Spielen erfolgt durch freie Bewe-
gung der Hände im Raum durch das
Original-Theremin-Trio

Auf der Leinwand:
Der kostspieligste und groß-
artigste Ausstattungsfilm, der
jemals gedreht wurde
Ein deutsch-Großfilm, dessen
Herstellung rund 2 Millionen
gekostet hat

Moulin Rouge

Ein wahrhaftes Kunstwerk, von pak-
endem menschlichen Gehalt, von
großer Schönheit in Linie, Licht,
Farbe und Komposition
Ein im wahrsten Sinne das
Wortes internationaler Film!

Regien: Werktage 18.15 u. 20.30 Uhr
Sonntags 18.15 u. 20.30 Uhr

**Wohnzimmer
Schlafzimmer
Küchen**

Sowie Einzel-Möbel und Polster-Möbel aller
Art billig und preiswert
Möbel-Kluge, Pirna
Lange Straße 17

Fleisch- u. Wurstwaren

Richard Mehl, Pirna, Zehlfelder Straße 18

Uhren - Goldwaren - Optik
Alfred Weiß, Radeberg
Hauptstraße 21

Unser Inserat sagt viel -

unsere Schaufenster sagen mehr
unsere Waren am Lager sagen alles
von der Qualität u. den außergewöhn-
lich niedrigen Preise des Gebotenen

Kleiderstoffe

Popeline
unsere reinwollenen, erprobten Stammqualitäten in
vielen feinen Farben.....2,90, **1⁹⁰**
Lindener Samt
prachtvoll geköpernte Kleiderware, 70 cm breit,
schwarz und in feinen Farben.....Meter **5⁹⁰**
Kleiderfalt
wirklich gute Kleiderware zum modernen Stilkleid,
in feinen Abendfarben.....85 cm breit **3⁷⁵**
Crêpe de Chine
unsere reinseidenen Stammqualitäten in entzück-
enden Farben.....95 cm breit 7,00, **4⁹⁰**

Baumwollwaren

Bett-Bezug
blütenweiß, Linon, süddeutsche Qualität (passende
Kissen 1,15).....Bezug **4⁷⁵**
Bett-Garnitur
aus kräftigem Rohnessel, 1 Deckbett, 1 Kopfkissen,
1 reichverzerrtes Paradekissen.....zusammen **8⁵⁰**
Bett-Garnitur
aus edlem Stanenleinen, 1 Decke mit 2 Kissen
.....zusammen **8⁹⁰**
Bettuch
aus kräftigem, bestens bewährtem Rohnessel,
140/225 cm.....2,85, **2²⁵**

**Aus unseren reichen Beständen
moderner**

Damen-Konfektion

Moderner Mantel
aus dunkl. Ottomane m. kunstseidenem Plüsch besetzt
sowie Plüschkragen und -manschetten, jugendl. Form **9⁷⁵**
Wintermäntel
ein großer Teil uns. Lagers prakt. Mäntel, wolll.
Plauschstoff m. kar. Abs., jug. Form, mod. Bubikr. **12⁷⁵**
Eleganter Mantel
aus reinwollenem, vorzügl. Zibeline, geschmack-
volle Verarbeitung, z. Teil m. reinseidenem Futter **29⁰⁰**
Frauen-Mantel
aus feinfarbig. Ottomane, mit od. ohne Pelzkragen,
ganz auf K.-beide gefüt., in bes. groß. Weiten 89,00. **24⁷⁵**
Sealplüsch-Mantel
aus tief-schwarzem, hochflorig. Sealplüsch, in guter
Qualität, moderne Form, auf Damassé gefüt., 89,00. **29⁰⁰**
Wollkleider
aus reinwollenem, feinfarbig. Popeline, flotte, reizend
garnierte Ausführung.....14,75, 9,75, **6⁹⁰**
Tanzkleider
aus gutem Takt in lichten, modern. Abendtönen,
kleids. Verarbeit., in Jungmädchen Gr., 14,75, 9,75 **6⁹⁰**

Wertinerstr. 3/5

Ludwig Bach & Co

Oschatzerstr. 16/18



5. Februar

Sinde

Der Sozialdemokrat
mittag bei Hindenburg
regierung zu bespre-
mit Dr. Scholz vor
Ereignis vom 30.
genommen.
Hindenburg hat
geben, daß mit
unter allen Umstän-
ist deutlich. Sinde
auf die Seine helle
Die Pöfische J
teilen demzufolge die
großen Koalition d
Auch in Presch
bildung der Regler
Pöfische Partei wieder
für die Deutschen Be
ich-n in wenigen T
erfolgen.

Nur zwei Wochen
angeblichen Schwi-
der Großen Kaffee
Redungen Schein
haben zu sein.
Am Mittwoch
sozialdemokratische
Namen der Zentr
fordere eine sofort
könne nicht warte
Regierung durch
in die Preußenkon-
fektion trat gleich
hoch v. Gierbergs
trumsvertreter, da
scheidung von drei W
daß er selbst mit
Über auch die
reitet keine Schw
Hermann Müller
Dr. Scholz, daß d
find, die Deutsche
zunehmen; sie wol
lediglich den Bun
nicht als Diktat v
So sind also
mengen Boden
leiten wie ein Ka
Schlüssel für die
nicht beim Zentr
glauben machen
selbst. Bekanntlich
die Forderung er
Tahre Iana fest un
Pöde müße die
Klasse die berühm
für die Stabilisier
theoretisch ausge
es vervollständigt
in der Pönsertrev
überhaupt, in der
in der Pöfische
Diktatur, mit dem
Politik im Inter
Trustkapitals, die
wurde und ohne
werden können, ist
Stabilisierung der
Es war die
des Trustkapitals
und unumschränkt
umbildung herbe
1. Februar trifft
rungen des Zen
schreibt:

„Es fragt sich
mentarischen Mit
falls bereit ist, so
für die der Reichs
In der Tat h
dem Zentrum „golt
baße der Großen
Steuerraubes, der
Rückhalt zu verlei
In derselben
Belegschaftstag d
dem Bericht des

Der Gesandte von

AMAN-ULLAH
schreibt an
SARRASANI

كوت نام دولت افغانستان
KÖNIGLICH
AFGHANISCHE GESANDTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND
No. 8993,
Circus Sarrasani
S. St. Berlin/Charlottenburg
Neue Autohalle, Kaiserdamm.

Ich danke Ihnen sehr für Ihr freundliches Schreiben vom
10. März 1927 sowie die mir zugesandten Karten zur Premiere
des Circus Sarrasani in Berlin und erlaube mir mein Urteil
dahingehend zu fassen, dass Ihr Unternehmen über die besten
Kräfte verfügt und die Vorstellung sich sehr gut unterhalten
hat. Besonders gefielen mir Ihre arabischen Nummern, die Ak-
robaten und die Japaner sowie die verschiedenen Tierdressur-
gen. Ich kann wohl sagen, dass die Darbietungen erstklassig
waren und wünsche Ihnen weitere Erfolge.

Ahmed Ali Khan

Königlich Afghanischer Gesandte
in Deutschland.

Zirkus Carolaplatz

Täglich 7¹/₂ Uhr
Sonnabend und Sonntag 2 Vorstellungen: nachmittags 3 Uhr und abends 7¹/₂ Uhr
Vorverkäufe: Zirkuskasse, Tel. 20948/49 und Naks, Tel. 20481

ZOO
Heute Sonntag, den 2. Februar 1927
zur Feier des 100. Geburtstages u. Alfred Brahm
von 12 Uhr an
Billetter Tag
Jede Person M. - 80 einschließlich garantiert
3.30 Uhr Fütterung der Orang-Familie
Gültigkeit sämtlicher Dauerkarten aufgehoben
Zugaben der Brahm-Billigung:
4 Uhr im großen Saal Vortrag von Prof. Dr.
Dr. G. Brandes:
Ueber Bau u. Leben des Orang-Utan
100 Lichtbilder und 100 m Film
Erlaubung 1 M., Kinder 50 Pf.

Schauburg
Wesden-...
Spielplan von Freitag, 1. bis Montag, 4. Feb. 1927
1. chineri
Der größte Fremdenlegionär-Film aller Zeiten:
Die Hölle der Heimatlosen
Ungarn versetzen Sie in einen dieser Film, Liebespaar die
braut die atemberaubende Fahrt auf die verlassenen Menschen
nieder, die in dieser Hölle ihr Leben finden, den Ge-
setzten der Fremdenlegionen entgegen
2. chineri
Eine Komödie des großen Kampfers der Zeit gewidmet - des
Kampfers und ihres Fraues
Seldene Strümpfe
mit Laura La Plante als die süße, stolze Heldin
Der Film enthält viele ausgezeichnete Momente und wird ge-
schickliche Bühnenkomik aus dem Theater
Beginn 18.15 u. 20.30 Uhr - Sonntag 18.15 u. 20.30 Uhr
„Schauburg“ Sonntag, 2. Feb. 1927 vormittags 11 Uhr
Mittag, der Gröndler
bis 7 Uhr abends 8 Uhr - ein bis die
druckvolle Schilderungen d. majest. Natur
des Polargebietes. Zutritt für jedermann
auch für Jedoch

ANZEIGEN
haben den denkbar
besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME

**Gehirne
Spazierstöcke**
das jährliche Weltmarktspreisen für Damen,
Herren und Kinder / eigene Fabrikation
Reparatur und Reparatoren
Ewald Ruhl, Dresden-Striesen
60r Schauburg und Courthausstr. 60r